

Bräuninger, Michael et al.

Research Report
Konjunktur 2009

HWWI Policy Report, No. 10

Provided in Cooperation with:
Hamburg Institute of International Economics (HWWI)

Suggested Citation: Bräuninger, Michael et al. (2008) : Konjunktur 2009, HWWI Policy Report, No. 10, Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut (HWWI), Hamburg

This Version is available at:
<https://hdl.handle.net/10419/46223>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Hamburgisches
WeltWirtschafts
Institut

Konjunktur 2009

Michael Bräuninger, Christiane Brück, Jörg Hinze, Klaus Matthies,
Alkis Otto, Sven Schulze, Jana Stöver, Henning Vöpel

HWWI Policy

Report Nr. 10
des

HWWI-Kompetenzbereiches
Wirtschaftliche Trends

HWWI Policy Report
Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Heimhuder Str. 71 | 20148 Hamburg
Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776
info@hwwi.org | www.hwwi.org
ISSN 1862-4944 | ISSN (Internet) 1862-4952

Redaktion:
Thomas Straubhaar (Vorsitz)
Michael Bräuninger (verantw.)
Silvia Stiller
Matthias Busse
Tanja El-Cherkeh

© Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) | Dezember 2008
Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwertung des Werkes oder seiner Teile ist ohne Zustimmung des HWWI nicht gestattet. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Mikroverfilmung, Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Die Reihe wird in Deutschland gedruckt.

Konjunktur 2009

Michael Bräuninger, Christiane Brück, Jörg Hinze, Klaus Matthies,
Alkis Otto, Sven Schulze, Jana Stöver, Henning Vöpel

Abgeschlossen am 15. Dezember 2008.

Wir danken unseren studentischen Mitarbeitern Ingo Fischer, Boris Jasinski und Steve Olotu.

Inhalts- verzeichnis

1	Weltkonjunktur	5
1.1	Rezession in den USA	5
1.2	Auch Japan in der Rezession	10
1.3	Deutliche Abschwächung in den Schwellenländern	11
1.4	Preisverfall an den Rohstoffmärkten	14
2	Die konjunkturelle Entwicklung in der Europäischen Union	17
2.1	Euroraum	17
2.2	Großbritannien	19
2.3	Osteuropäische EU-Mitgliedsländer	20
3	Wirtschaftskrise in Deutschland	21
3.1	Konjunktur rutschte im Verlauf von 2008 in die Rezession	21
3.2	2009: Zwischen Chance zur Stabilisierung und Gefahr einer Abwärtsspirale	25
3.3	Arbeitsmarkt	28
3.4	Öffentliche Finanzen	31
4	Wirtschaftspolitische Erfordernisse	33
5	Anhang	36
6	Literatur	39

Abbildungs- verzeichnis

Abbildung 1	Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA	6
Abbildung 2	Arbeitsmarkt in den USA	7
Abbildung 3	Privater Konsum in den USA	7
Abbildung 4	Einfamilienhauspreise in den USA	8
Abbildung 5	Reales Bruttoinlandsprodukt in Japan	11
Abbildung 6	Entwicklung der Weltmarktpreise für Rohstoffe	16
Abbildung 7	Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum	17
Abbildung 8	Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland	22
Abbildung 9	Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland	24
Abbildung 10	Wichtige Aggregate der Verwendungsseite der VGR	27
Abbildung 11	Erwerbstätige und Arbeitslose	29
Abbildung 12	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30

Tabellen- verzeichnis

Tabelle 1	Eckdaten für Deutschland	26
Tabelle 2	Arbeitsmarktbilanz	30
Tabelle 3	Finanzwirtschaftliche Indikatoren	32
Tabelle 4	Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung	36

Im Jahr 2008 hat sich das Wachstum der Weltwirtschaft spürbar verlangsamt. Alle großen Industrieländer befinden sich mittlerweile in der Rezession und in den Schwellenländern ist es zu einem deutlichen Rückgang der Wachstumsraten gekommen. Schon länger hatte sich ein verlangsamtes Wachstum abgezeichnet. So wurde bereits vor einem Jahr auf die dämpfenden Effekte der hohen Energie- und Rohstoffkosten hingewiesen. Auch die Immobilienkrise in den USA ist als deutliches Risiko gesehen worden. Die dadurch ausgelöste Finanzmarktkrise blieb zunächst auf den Finanzsektor beschränkt. Dies hat sich erst im September geändert. Mit dem Zusammenbruch von Lehman Brothers ist weltweit das Vertrauen von Verbrauchern und Investoren geschwunden. Außerdem haben sich die Finanzierungsbedingungen deutlich verschlechtert. Am stärksten waren zunächst die USA und andere Länder mit Immobilienkrisen betroffen. Die zurückgehende Nachfrage hat dann aber auch exportorientierte Länder wie China, Japan und Deutschland stärker erfasst. Die Schwächephase der Weltwirtschaft wird sich bis zur Mitte des nächsten Jahres erstrecken. Erst in der zweiten Jahreshälfte dürften stabilisierende Faktoren greifen.

Mit dem konjunkturellen Einbruch ist auch die Rohstoffnachfrage deutlich gesunken. Wichtiger noch ist, dass die Erwartung bezüglich des zukünftigen Wachstums der Nachfrage nach Energie und Rohstoffen zurückgegangen ist. Dies hat die Spekulation aus den Märkten genommen und zu einem rasanten Preisverfall geführt. Damit wurden weltweit die inflationären Tendenzen zurückgedrängt und Spielräume für die Zentralbanken geschaffen. Darüber hinaus führt der Rückgang der Energie- und Rohstoffpreise zu steigenden real verfügbaren Einkommen und damit zu einer Stabilisierung der Nachfrage. Geldpolitik und sinkende Rohstoffpreise werden im Verlauf des Jahres 2009 zu einer Stabilisierung der Weltkonjunktur beitragen. Außerdem haben die großen Staaten finanzpolitische Maßnahmen unternommen und werden voraussichtlich weitere unternehmen, so dass die Nachfrage auch von dieser Seite im nächsten Jahr stabilisiert wird.

1.1 | Rezession in den USA

In den USA sind gesamtwirtschaftliche Nachfrage und Produktion im Gefolge der Finanzmarktkrise seit dem Herbst 2008 deutlich gesunken (vgl. Abbildung 1). Das National Bureau of Economic Research, das einen breiten Datenkranz aus Industrieproduktion, Arbeitsmarkt etc. für die Bestimmung konjunktureller Wendepunkte zu Grunde legt, hat den Höhepunkt des aktuellen Konjunkturzyklus auf Dezember 2007 terminiert. Seitdem schwächt sich die Konjunktur ab. Der Rückgang hat sich auf breiter Basis vollzogen: Drastisch sinkende Immobilienpreise haben bei den privaten Haushalten zu massiven Wertverlusten geführt. Die sich daraus ergebende Hypothekenkrise hat im Finanzsektor – ebenfalls über Wertverluste sowie die sich daraus ergebende Bilanzsanierung, aber auch angesichts der nach wie vor intransparenten Lage – zu einer außerordentlich vorsichtigen Kreditvergabepolitik geführt. Damit haben sich auch für die Unternehmen die Finanzierungsbedingungen deutlich verschlechtert. Außerdem sind die Aktienkurse regelrecht eingebrochen.

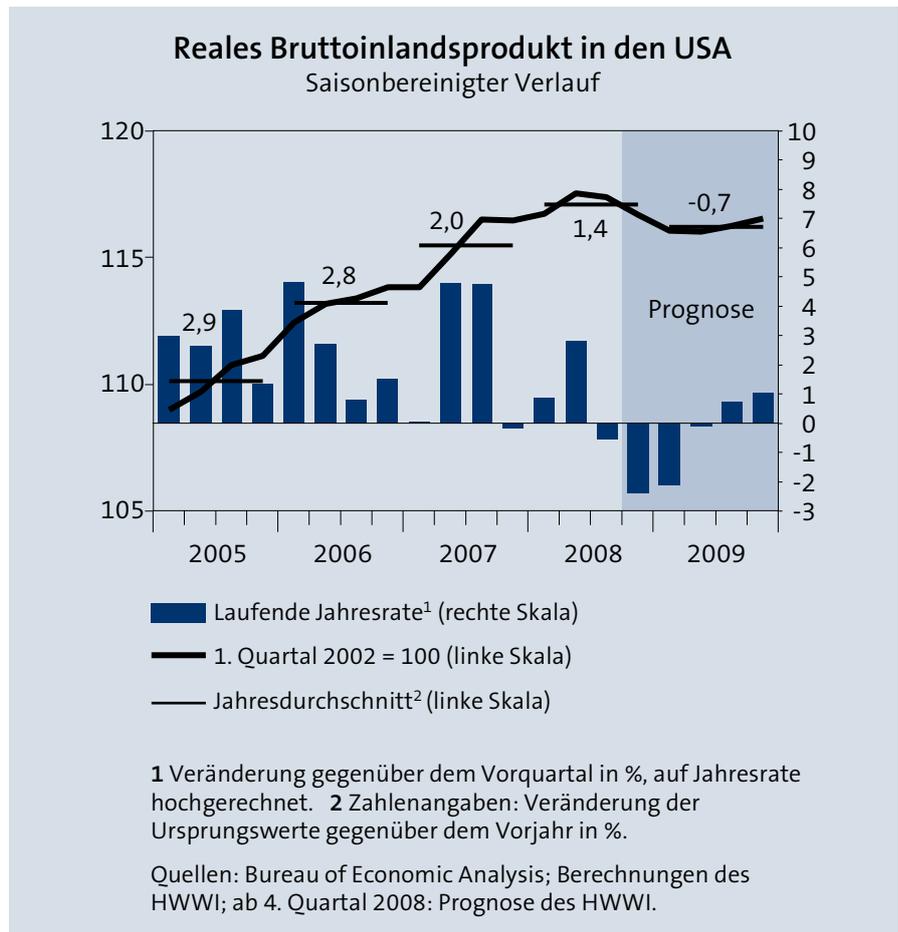


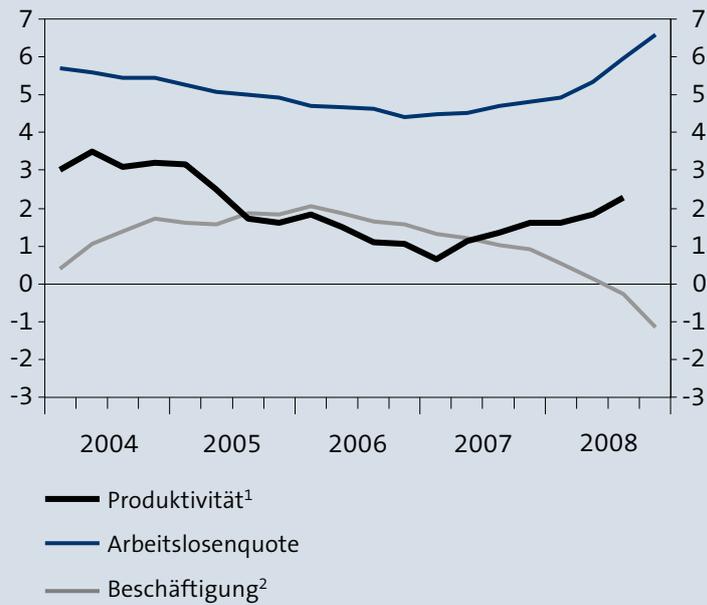
Abbildung 1

Deutlicher Anstieg der Arbeitslosigkeit

Seit dem Sommer ist es zu einem kräftigen Rückgang der Beschäftigung gekommen. Im November wurden mit 533 000 so viele Arbeiter entlassen wie zuvor in keinem einzelnen Monat in den vergangenen 34 Jahren. Die Arbeitslosenquote ist damit um 1,5 Prozentpunkte auf zuletzt 6,5 Prozent angestiegen (vgl. Abbildung 2). Zwar hat sich diese Entwicklung noch nicht in einem veränderten Lohnanstieg umgesetzt, so dass die verfügbaren Einkommen – abgesehen von den Schwankungen durch die Steuerschecks – bis zuletzt in wenig verlangsamtem Tempo gestiegen sind. Aber das Konsumentenvertrauen wurde durch die Verunsicherung angesichts der massiven Arbeitsplatzverluste in vielen Branchen spürbar gedämpft. Zudem entzog bis zum Spätsommer die beschleunigte Inflation Kaufkraft – zur Jahresmitte lagen die Verbraucherpreise um 5,5 Prozent höher als vor Jahresfrist. Seither hat sich im Zuge des Rückgangs der Energiepreise hier wieder eine spürbare Entlastung ergeben; zuletzt lag die Inflationsrate bei 3,7 Prozent. Angesichts der Unsicherheit über die Einkommensentwicklung sowie der zunehmenden Kreditrestriktionen – die Kreditkartenlimits wurden gesenkt und bei Automobilkrediten hat die Zahl der Antragsablehnungen zugenommen – sind die Verbraucher aber insbesondere mit der Anschaffung von langlebigen Gütern deutlich zurückhaltender geworden. Besonders markant war vor diesem Hintergrund der Rückgang bei den Automobilumsätzen. Im November wurde ein Viertel weniger Neuwagen „made in USA“ verkauft als noch im Vorjahr. Durch diese Entwicklungen hat der private Verbrauch – der lange die Stütze der Konjunktur war – seit dem Sommer spürbar abgenommen. Allerdings ist der starke Rückgang des privaten Konsums im dritten Quartal teilweise darauf zurückzuführen, dass Steuerschecks im Frühsommer die Kaufneigung vorübergehend stimuliert hatten (vgl. Abbildung 3).

Arbeitsmarkt in den USA

Saisonbereinigter Verlauf

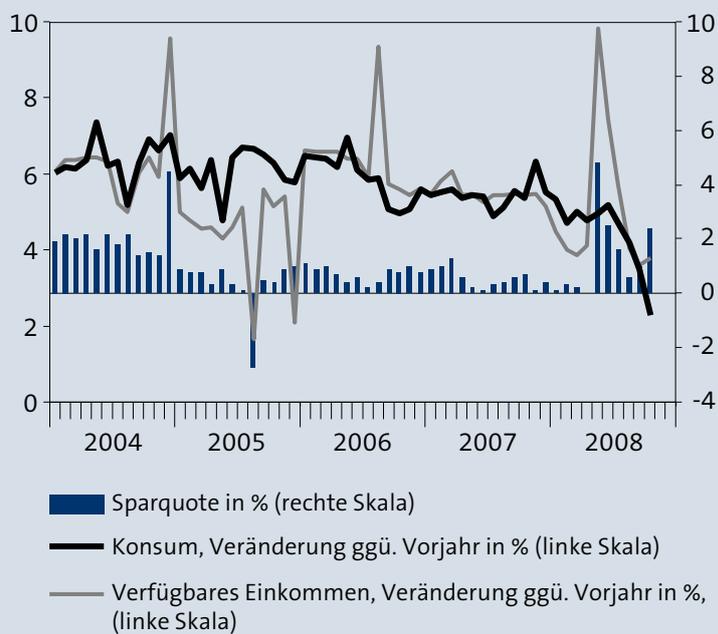


1 Nonfarm Business Sector; Veränderung ggü. Vorquartal in %, annualisiert; gl. 8-Perioden-Durchschnitt. 2 Establishment Data; Veränderung ggü. Vorjahr in %. 4. Quartal aufgeschätzt.

Quelle: Bureau of Economic Analysis.

Abbildung 2

Privater Konsum in den USA



Quelle: Bureau of Economic Analysis.

Abbildung 3

Fortgesetzter Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen ...

Der außergewöhnlich starke Rückgang der Investitionen im Wohnungsbau hat sich bis zuletzt in kaum vermindertem Tempo fortgesetzt. Sie lagen so zuletzt um rund 40 Prozent niedriger als vor Beginn des Rückgangs Ende 2005. Hier ist auch weiterhin noch keine durchgreifende Besserung zu erkennen. Im Gegenteil deuten rückläufige Baugenehmigungen und -beginne, eine weiter gestiegene Verweildauer von Verkaufsobjekten am Markt sowie ein fortgesetzter Rückgang der Immobilienpreise auf eine anhaltende Anpassung in diesem Sektor hin (vgl. Abbildung 4).

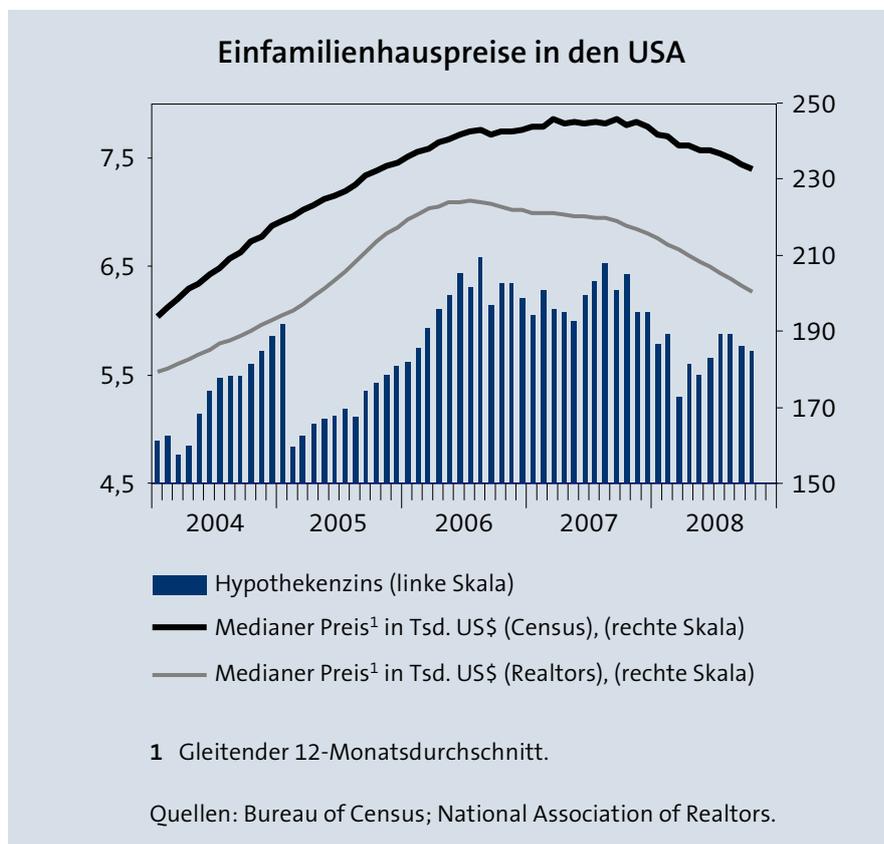


Abbildung 4

*... und auch Ausrüstungs-
investitionen gehen zurück.*

Angesichts der insgesamt schlechten Stimmung, einer sinkenden Industrieproduktion und Kapazitätsauslastung, rückläufigen Auftragseingängen sowie einer verschlechterten Gewinnerwartung wurden die Ausrüstungsinvestitionen im Verlauf des Jahres beschleunigt reduziert. Dazu dürften auch die erheblich verschlechterten Finanzierungsbedingungen im Zuge der Kreditverknappung, wie sie in den drastisch gestiegenen Zinsen auf Unternehmensanleihen (Rating BAA) zum Ausdruck kommt, beigetragen haben.

Die Exporte, die bis zur Jahresmitte einer der letzten Wachstumsmotoren waren, haben mit der Verlangsamung der Weltkonjunktur und auch wegen der Wiederaufwertung des US-Dollar zuletzt an Schwung verloren. Da die Importe mit der rückläufigen Inlandsnachfrage ebenfalls zurückgingen, ist insgesamt noch ein positiver Wachstumsbeitrag vom Außenhandel zu verzeichnen. Der Fehlbetrag in der Leistungsbilanz sank dabei zuletzt auf 5 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Expansive Fiskal- und Geldpolitik, ...

Sowohl der finanz- als auch der geldpolitische Kurs sind extrem expansiv ausgerichtet. Das bundesstaatliche Defizit lag im vergangenen Fiskaljahr mit 436 Milliarden Dollar auf dem höchsten Stand seit 2004. In Relation zum Bruttoinlandsprodukt ist es von 1,2 Prozent im Vorjahr auf 3,1 Prozent gestiegen.

Verantwortlich waren zum einen deutlich rückläufige Einnahmen. Zum anderen wirkte die schwächere gesamtwirtschaftliche Expansion automatisch auf eine stärkere Ausweitung der Ausgaben. Vor allem sind auch die Rüstungsausgaben kräftig gestiegen. Im Frühjahr wurde darüber hinaus ein Konjunkturpaket in Höhe von 150 Milliarden US-Dollar verabschiedet, das mit Steuergutschriften zuvorderst auf eine Stützung des privaten Konsums abzielte.

Mit drastischen Schritten hat die Regierung versucht, die Finanzmärkte zu stabilisieren und so ein weiteres Übergreifen auf die Realwirtschaft zu verhindern. So wurden die beiden systemrelevanten Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac, aber auch die Versicherungsgesellschaft American International Group vom Staat gestützt. Vor allem hat die Regierung in Abstimmung mit der Zentralbank ein 700-Milliarden-Dollar-Rettungspaket für den Finanzsektor verabschiedet. Es soll zum einen die Rekapitalisierung von Banken ermöglichen und damit den Liquiditätsfluss am Markt wiederherstellen; aber auch der Verunsicherung der Anleger soll entgegengewirkt werden, indem man die Einlagensicherung mehr als verdoppelte. Wann und wie stark diese Maßnahmen den Bundeshaushalt belasten, kann derzeit noch nicht beziffert werden.

Der designierte Präsident Obama plant, nach seinem Amtsantritt im Januar ein rund 700 Milliarden Dollar umfassendes zweites Konjunkturpaket aufzulegen. Es hätte damit denselben Umfang wie das Stützungspaket für den Finanzsektor. Das neue Paket setzt nicht auf kurzfristig angelegte Steuerchecks, sondern sieht vor allem Investitionsausgaben in Infrastruktur und Bildung, aber auch Steuersenkungen für die Mittelschicht vor. Zwar kann nicht mit einer Verabschiedung aller geplanten Maßnahmen oder gar der unmittelbaren Umsetzung nach Amtsantritt gerechnet werden, so dass das Ausmaß der Belastung für den Bundeshaushalt hier ebenfalls noch nicht beziffert werden kann. Aber der expansive Impuls im laufenden Fiskaljahr wird insgesamt sicherlich außergewöhnlich hoch sein.

Deutlich expansiv ausgerichtet ist schon seit längerem die Geldpolitik. Die Federal Reserve, die schon vor rund einem Jahr damit begonnen hatte, die Leitzinsen zu senken, hat diesen Kurs zuletzt merklich verschärft. Im Oktober reduzierte sie rasch nacheinander ihren Leitzins um insgesamt einen Prozentpunkt auf nur noch 1,25 Prozent. Darüber hinaus hat die Fed neuartige Instrumente eingesetzt, um dem Markt Liquidität zur Verfügung zu stellen. So wurden neue Kreditvergabemechanismen eingeführt und Kredite auch für Nichtfinanzunternehmen bereitgestellt. Zum Beispiel werden Unternehmensanleihen aufgekauft und insgesamt Umfang und Zusammensetzung der Zentralbankbilanz radikal verändert. Allerdings haben sich die Finanzierungsbedingungen dennoch nicht durchgreifend verbessert. Angesichts der anhaltend rezessiven Tendenzen wird die Zentralbank nicht zögern, die Zinsen kurzfristig nochmals zu senken, zumal mit der Entwicklung bei den Rohstoffpreisen die Gefahren für die Preisstabilität vermindert worden sind und nun vielmehr Deflationsgefahren in den Vordergrund rücken.

Trotz der der expansiven Maßnahmen wird sich die Rezession in den USA noch über das erste Halbjahr 2009 erstrecken. Dann können die monetäre Lockerung sowie die expansive Fiskalpolitik dazu führen, dass sich die Wirtschaft belebt. Eine spürbare Entlastung bringt auch die Preisentwicklung: die Teuerung der privaten Lebenshaltung dürfte sich angesichts der gesunkenen Ölpreise weiter abschwächen. Im Jahresdurchschnitt wird sie im kommenden

... Rettungsmaßnahmen für den Finanzsektor ...

... sowie ein umfangreiches Konjunkturprogramm ...

... versuchen, die Konjunktur zu stabilisieren.

Jahr bei rund 1 Prozent liegen, nach 4 Prozent in diesem. Dies wird den privaten Verbrauch stützen. Da sich die Arbeitsmarktbedingungen weiter verschlechtern, die Kreditvergabe restriktiv bleibt und die negativen Effekte seitens der Immobilienvermögen bestehen bleiben, wird der private Konsum bis weit in das kommende Jahr hinein zurückgehen. Auch der private Wohnungsbau wird bei nach wie vor schwacher Nachfrage und damit einhergehend zum Teil spürbaren Preisrückgängen bei Immobilien sinken. Die rückläufige Entwicklung bei den Unternehmensinvestitionen dürfte angesichts der anhaltend negativen Ertragsentwicklung im Inland, nunmehr auch weniger günstigen Absatz- und Ertragsaussichten im Exportsektor sowie ungünstiger Finanzierungsbedingungen ebenfalls vorerst andauern. Vom Außenhandel dürften per Saldo zwar weitere Anregungen ausgehen, allerdings in deutlich geringerem Ausmaß als bis zuletzt.

*Belebung erst in der zweiten
Jahreshälfte 2009*

Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt vorerst weiter sinken. Die wirtschaftspolitischen Impulse werden erst in der zweiten Jahreshälfte greifen. Dann könnte sich die Wirtschaft allmählich wieder beleben. Diese Belebung dürfte allerdings insgesamt deutlich schwächer als im langjährigen Mittel ausfallen, und die negative Produktionslücke wird sich vergrößern. Das reale Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahresdurchschnitt 2008 wegen der guten ersten Jahreshälfte insgesamt noch um 1,4 Prozent wachsen. Im kommenden Jahr dürfte es um rund 0,7 Prozent sinken. Dies alles setzt voraus, dass die Rettungsmaßnahmen für die Finanzmärkte greifen und es nicht zu einer Eskalation der Krise kommt. Diese könnte zum Beispiel durch die Insolvenz großer Automobilhersteller ausgelöst werden. Damit wären nicht nur weitere stark negative direkte Effekte verbunden, sondern auch eine noch weiter steigende Verunsicherung. Die Folge wäre eine länger andauernde Rezession mit einer anschließenden langjährigen Stagnation.

1.2 | Auch Japan in der Rezession

Auch die japanische Volkswirtschaft befindet sich in der Rezession. Nachdem das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal kräftig um annualisiert 3,7 Prozent gesunken war, nahm es auch im darauf folgenden Quartal mit einer laufenden Jahresrate von 1,8 Prozent ab (vgl. Abbildung 5). Der Abschwung der japanischen Wirtschaft vollzog sich dabei auf breiter Front. Der Konsum stagnierte lediglich und die Investitionen gingen deutlich zurück. Auch vom Außenhandel kamen negative Impulse, vor allem da der für die japanische Wirtschaft wichtige Export infolge der Abschwächung des Welthandels an Fahrt verlor. Auch für das laufende vierte Quartal dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion gesunken sein. 2008 dürfte das japanische Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich um 0,1 Prozent zunehmen. Die Zahl der Erwerbstätigen sank im Jahresverlauf 2008, die Banken geben im Zuge der Finanzkrise weniger Kredite aus, der japanische Konjunkturindex ist auf den niedrigsten Stand seit vier Jahren gesunken und auch von der Weltwirtschaft sind vorerst keine belebenden Effekte zu erwarten. Die japanische Zentralbank hat zur Stützung des Bankensektors und der Konjunktur die Leitzinsen auf 0,3 Prozent gesenkt. Damit besteht aber kaum noch Spielraum für weitere Senkungen. Hinzu kommt, dass sich bereits heute deutliche Deflationsgefahren für die japanische Wirtschaft abzeichnen. Auch seitens der Fiskalpolitik wird es Konjunktur stimulierende Maßnahmen geben. Zwar sind diese aus konjunktureller Sicht zu begrüßen. Die angesichts der hohen Staatsverschul-

derung Japans und der sich abzeichnenden demografischen Lasten dringend notwendige Konsolidierung des japanischen Haushalts rückt dadurch jedoch weiter in die Ferne.

Im nächsten Jahr wird die Produktion der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt auch im ersten Quartal 2009 schrumpfen. Zur Jahresmitte dürfte das Bruttoinlandsprodukt wieder zunehmen, sofern sich Finanzkrise und die Abschwächung der Weltkonjunktur nicht erneut deutlich verschärfen und sofern die drohende Deflation abgewendet werden kann. Alles in allem wird das Bruttoinlandsprodukt in 2009 um 0,8 Prozent zurückgehen.

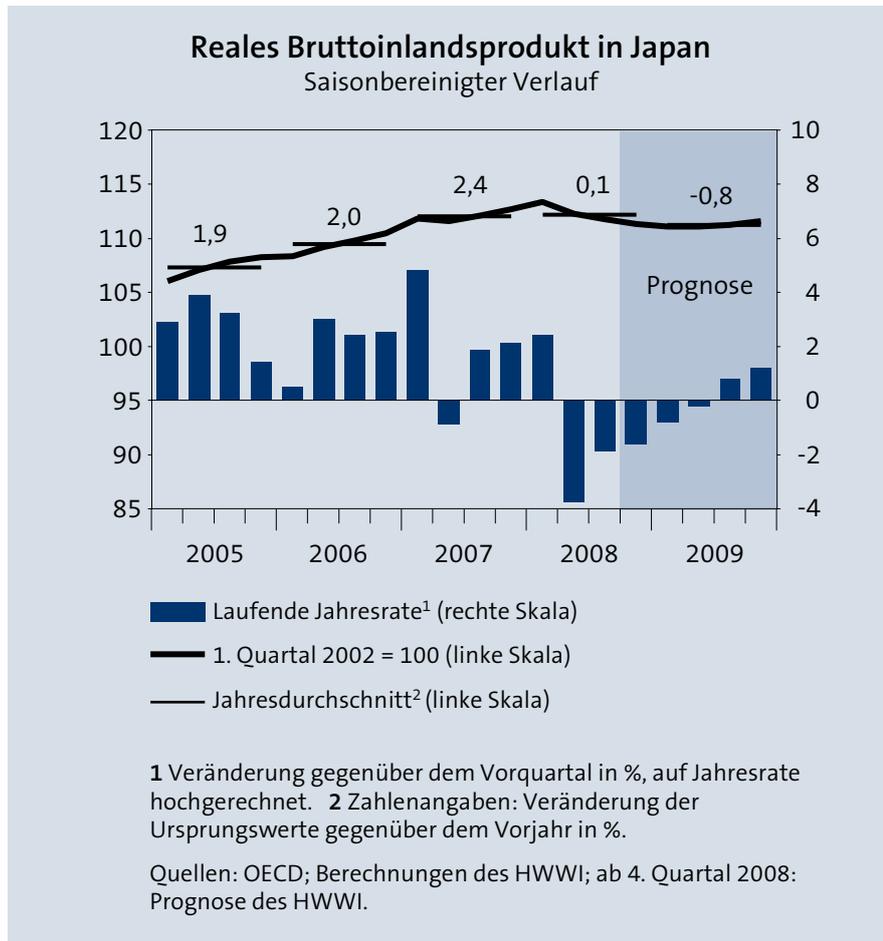


Abbildung 5

1.3 | Deutliche Abschwächung in den Schwellenländern

Bis vor kurzem wuchs die chinesische Wirtschaft trotz der Finanzkrise kräftig. Das Exportwachstum war dank starker Nachfrage aus den umliegenden Schwellenländern und einer Vergrößerung von Marktanteilen robust. Im Verlauf dieses Jahres haben dann zunächst heimische Faktoren für eine Verlangsamung gesorgt. Insbesondere die Bauinvestitionen sind zurückgegangen. Der Konsum hat sich stabil entwickelt. Mit der Ausweitung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise ist zu erwarten, dass auch China langsamer wachsen wird. So ist davon auszugehen, dass das Exportwachstum in 2009 niedriger ausfallen wird. Auch der private Konsum wird sich abschwächen, auch wenn er durch fiskalpolitische Maßnahmen gestützt wird. Verschiedene wachstumsfördernde Maßnahmen sind bereits seit Mitte des Jahres 2008 eingeleitet worden. Ein Zehn-Punkte-Plan zur Stärkung von Binnenkonjunktur und Wachstum wurde im November verabschiedet. In-

Vermindertes Wachstum in China ...

samt wird das chinesische Bruttoinlandsprodukt im nächsten Jahr nur noch um etwa 7,5 Prozent zunehmen.

... und in Indien.

Die indische Volkswirtschaft hat im Verlauf des Jahres an Fahrt verloren. Insgesamt dürfte das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in diesem Jahr 7,5 Prozent betragen, nach 9 Prozent im Jahr 2007. Das kräftige Nachfragewachstum und die hohen Rohstoffpreise haben zu deutlichen Preissteigerungen geführt. So wird die Inflationsrate in diesem Jahr bei 10,4 Prozent liegen.

Da Exporte in Indien im Vergleich zu anderen asiatischen Volkswirtschaften eine relativ geringere Bedeutung haben, wird die indische Volkswirtschaft über diesen Kanal weniger von der globalen Krise betroffen sein. Allerdings ist Indien in hohem Maße von ausländischen Kapitalzuflüssen abhängig. Da diese in Folge der Finanzkrise ausgeblieben sind, resultierten steigende Kreditzinsen. Diese haben wiederum zu einem Rückgang der Investitionen geführt. Trotz Zinssenkungen der Bank of India blieben die Kreditzinsen auf hohem Niveau. Es wird somit aufgrund der restriktiveren Kreditbedingungen schwieriger, wie geplant in großem Ausmaß Infrastrukturmaßnahmen mit privatem Geld zu finanzieren.

Indiens Leistungsbilanzdefizit ist im Verlauf des letzten Jahres stark angestiegen. Damit ist ein deutlicher Druck auf den Wechselkurs entstanden. Im Laufe des Jahres 2008 kam es bereits zu starken Abwertungen der Rupie.

Das Haushaltsdefizit liegt in diesem Jahr voraussichtlich bei 8 Prozent. Deshalb besteht im Gegensatz zu vielen anderen asiatischen Ökonomien wenig Raum für fiskalische Maßnahmen. Insofern wird sich die Zunahmen des Bruttoinlandsprodukts 2009 auf 6,5 Prozent verringern. Damit und aufgrund der gesunkenen Rohstoffkosten verringert sich auch der inflationäre Druck, so dass die Inflationsrate im kommenden Jahr auf 4,5 Prozent sinken wird.

Russland und ...

Das starke Wirtschaftswachstum von etwa 8 Prozent in 2007 setzte sich in Russland zunächst auch im ersten Halbjahr 2008 fort. Neben deutlichen Terms-of-Trade-Gewinnen in Folge hoher Rohstoffpreise war dafür vornehmlich der starke Zuwachs im privaten Konsum verantwortlich. Dieser wurde wiederum durch starke Reallohnsteigerungen deutlich oberhalb des Wachstums der Arbeitsproduktivität ermöglicht. Ferner realisierte Russland Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse auf Rekordniveau, wenngleich die Volumina der Importe deutlich stärker wuchsen als die der Exporte.

Begleitet wurden diese Entwicklungen allerdings von einer merklichen Beschleunigung der Inflation, die vor allem auf steigende Nahrungsmittelpreise zurückzuführen war. Der Preisauftrieb wurde dabei von einer Geldpolitik, die vorwiegend ein Wechselkurs- anstelle eines Preisniveauezels verfolgte, ebenso verstärkt wie von einer expansiven Fiskalpolitik. Letztere hatte wegen der hohen Einnahmen aus Erdöl- und Erdgasexporten zunächst aber keine negativen Folgen für den Finanzierungsüberschuss der öffentlichen Haushalte.

Mit der Verschärfung der Finanzkrise und deren Übergreifen auf die Realwirtschaft sowie stark sinkenden Rohstoffpreisen im zweiten Halbjahr 2008 haben sich die wirtschaftlichen Aussichten Russlands merklich verschlechtert. Auf das Gesamtjahr 2008 bezogen dürfte das Wachstum zwar noch bei etwa 6,5 Prozent liegen. Jedoch werden sich die Konsequenzen der Entwicklungen der letzten beiden Quartale aus 2008 erst im Jahre 2009 vollständig in den Daten widerspiegeln. Während die Leistungsbilanz in 2009 noch ausgeglichen sein wird, ist demgegenüber ein staatliches Haushaltsdefizit in Folge

sich nur leicht erholender Rohstoffpreise und expansiver, antizyklisch ausgerichteter Fiskalpolitik zu erwarten. Aufgrund verschiedener Effekte geht die Zunahme des Inlandskonsums als bisherigem Wachstumsmotor stark zurück. Erstens ist dafür die Unsicherheit über die weiteren ökonomischen Aussichten verantwortlich. Zweitens trüben sich die Beschäftigungsaussichten ein, nachdem die Arbeitslosenquote Mitte 2008 einen historischen Tiefstand von knapp über 5 Prozent erreicht hatte. Drittens kommt ein Vermögenseffekt zum Tragen, der das Ergebnis eines immensen Verfalls der Aktienkurse in Russland ist. Viertens ist eine zunehmende Kreditverknappung – sowohl gegenüber privaten Haushalten als auch gegenüber Unternehmen – zu beobachten, die nicht nur den privaten Verbrauch sondern auch die Investitionstätigkeit beeinträchtigt. Die konjunkturelle Abkühlung spricht gepaart mit einer zuletzt zunehmend auf Preisstabilisierung ausgerichteten Geldpolitik trotz einer zu erwartenden weiteren Abwertung des russischen Rubels für eine merkliche Verringerung der Inflationsrate. Das gesamtwirtschaftliche Wachstum in Russland wird in 2009 als Resultat der geschilderten Perspektiven nur wenig mehr als 2 Prozent betragen.

Bis zur Mitte des Jahres 2008 setzte sich in Brasilien das stabile Wachstum aus dem Vorjahr fort. Getragen wurde dieses vor allem vom privaten inländischen Verbrauch, dessen Zunahme durch deutliche Lohnzuwächse, ein weiteres Absinken der Arbeitslosenquote in den Metropolregionen bis unter 8 Prozent und eine robuste Kreditvergabe an Private begünstigt wurde. Aber auch die Investitionsnachfrage nahm deutlich zu, was sich wiederum in einem starken Anstieg der Importe von Investitionsgütern bemerkbar machte. Im ersten Halbjahr 2008 sorgten allerdings die hohen Rohstoffpreise dafür, dass die Handelsbilanz positiv blieb, obwohl die Menge der Importe deutlich stärker wuchs als die der Exporte. Ab dem zweiten Quartal 2008 waren in Folge steigender Nahrungsmittel- und Energiepreise deutliche inflationäre Tendenzen zu beobachten, die ab dem August von der einsetzenden starken Abwertung des brasilianischen Real verstärkt wurden. Geldpolitisch hat die brasilianische Zentralbank hierauf mit mehreren Zinsschritten reagiert und den Leitzins seit Jahresbeginn um insgesamt 250 Basispunkte von 11,25 Prozent auf 13,75 Prozent erhöht, um das gesetzte Inflationsziel von 4,5 Prozent (+/- 2 Prozentpunkte) einzuhalten. Die Fiskalpolitik orientierte sich am Ziel eines Primärüberschusses nahe bei 4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Dieses Ziel dürfte zwar auf das Gesamtjahr 2008 bezogen erreicht werden. Trotzdem geht damit aufgrund hoher Personalausgaben auf Bundesebene und unter Berücksichtigung der öffentlichen Unternehmen ein Defizit der öffentlichen Haushalte von knapp unter 2 Prozent einher.

Die Verlangsamung der Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte dürfte sich bis Mitte 2009 fortsetzen. Der inländische Konsum und die Investitionsnachfrage büßen nicht zuletzt aufgrund restriktiverer Kreditbedingungen an Dynamik ein. Der Handelsbilanzüberschuss dürfte sich auch als Folge sinkender Rohstoffpreise weiter verringern und die bereits in 2008 negative Leistungsbilanz wird in 2009 ein Defizit von mehr als 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes ausweisen. Die restriktive Geldpolitik dürfte die Teuerungsrate in 2008 auf etwa 6 Prozent und auf knapp über 5 Prozent in 2009 begrenzen können. Das fiskalpolitische Ziel sollte auch in 2009 zu halten sein, was mit einer weiteren leichten Reduzierung des öffentlichen Defizits einherginge. Die in 2010 anstehenden Präsidentschaftswahlen und konjunkturpolitische Er-

... Brasilien leiden unter dem Rückgang der Rohstoffpreise.

fordernisse könnten allerdings der dafür notwendigen Ausgabendisziplin entgegenstehen.

Insgesamt liegt das Wirtschaftswachstum in Brasilien in 2008 zwar noch bei etwas mehr als 5 Prozent. Jedoch wird es sich in 2009 merklich auf etwa 3 Prozent abschwächen.

1.4 | Preisverfall an den Rohstoffmärkten

Das Jahr 2008 war das Jahr der Rohstoffpreisrekorde. Gleichzeitig markiert es das Ende einer lang anhaltenden Rohstoffpreisschmelze. Der vor sieben Jahren am Tiefpunkt vieler Rohstoffpreise einsetzende Preisauftrieb, der schließlich die ganze Palette der Rohstoffe betraf, endete zur Jahresmitte 2008. Die schlechteren Aussichten für die Weltkonjunktur infolge der Immobilien- und Finanzkrise in den USA begannen deutliche Spuren an den Rohstoffmärkten zu hinterlassen. Ab Juli fielen die Rohstoffnotierungen deutlich. Der Wert des HWWI-Index, der die Preisbewegungen der wichtigsten international gehandelten Rohstoffe misst, sank von Juli bis Dezember auf US-Dollar-Basis um fast zwei Drittel und in Euro um mehr als die Hälfte. Die abrupte Richtungsänderung der Preise und das Ausmaß der Preissenkung legen den Schluss nahe, dass hier auch eine Korrektur nach früheren Übertreibungen erfolgte.

Ende der Ölpreisrekorde

Der Preisrückgang betraf praktisch alle Rohstoffe. Am stärksten verbilligte sich Rohöl; der Spotpreis für ein Barrel Nordseeöl, der im Juli in der Spitze 144 US-Dollar erreichte, lag Mitte Dezember bei 45 US-Dollar. Wesentlicher Grund für den Richtungswechsel war der abnehmende Ölverbrauch, vor allem beim größten Verbraucher, den USA. Die Weltölnachfrage, die in den letzten Jahren den anhaltenden Preisauftrieb wesentlich bestimmte, wird im Jahr 2008 nach Schätzung der Internationalen Energie-Agentur (IEA) zum ersten Mal seit 1983 sinken. Sie dürfte auch im Jahr 2009 zurückgehen. Sowohl IEA als auch OPEC haben ihre Verbrauchsprognosen für dieses und nächstes Jahr in den letzten Monaten wiederholt nach unten revidiert. Die Vereinbarung der OPEC-Länder, die Förderquoten ab November zu verringern, konnte die Abwärtsspirale der Ölpreise nicht beenden. Allerdings wurden die gemeinsam gefassten Kürzungsbeschlüsse nicht von allen Mitgliedern oder nur zögerlich umgesetzt. Eine weitere Produktionseinschränkung ist für den Beginn des Jahres 2009 vorgesehen. Zudem wurden innerhalb und außerhalb der OPEC mehrere Projekte zur Ausweitung der Förderkapazitäten erst einmal gestoppt.

Auch Industrierohstoffe gaben nach

Größere Preissenkungen gab es auch bei anderen Rohstoffen. Der Wert des HWWI-Index ohne Energie fiel im Laufe des zweiten Halbjahrs 2008 um mehr als zwei Fünftel. Besonders deutlich gingen einige Metallpreise zurück, so die Preise für Kupfer und für Stahlschrott. Die Spotpreise für Eisenerz, die vor allem bei Lieferungen Indiens an China eine Rolle spielen, fielen erstmals seit langem unter die zwischen den großen Produzenten und der Stahlindustrie vereinbarten jährlichen Vertragspreise. Dies bewog Ende Oktober den größten Erzproduzenten, seinen erst wenige Wochen zuvor bekannt gewordenen Plan, abweichend von der bisherigen Praxis für das Jahr 2008 eine weitere Preiserhöhung bei der chinesischen Stahlindustrie durchzusetzen, nicht weiter zu verfolgen. Zudem kündigten die Erzproduzenten als Folge einer sich abschwächenden Stahlkonjunktur Produktionskürzungen und die Aufschiebung von Expansionsplänen an. Die jährlich neu ausgehandelten

Vertragspreise für Eisenerz, die Bestandteil des HWWI-Index sind, dürften im Jahr 2009 erstmals seit sieben Jahren deutlich gesenkt werden.

Auch die Notierungen für Grundnahrungsmittel wie Getreide und Pflanzöle bewegten sich von ihren Höchstständen in der ersten Hälfte des Jahres 2008 nach unten. Dabei spielte die Aussicht auf bessere Ernteerträge – nach zwei schlechten Ernten, die die Weltvorräte schrumpfen ließen – eine wichtige Rolle. Die fallenden Energiepreise verminderten zudem die landwirtschaftlichen Produktionskosten (Düngemittel, Treibstoff).

Am deutlichsten zeigte sich die Abschwächung der globalen Rohstoffnachfrage bei der Entwicklung der internationalen Seefrachtraten. Im Jahr 2007 hatte der stetig zunehmende Bedarf an Schiffsraum die Raten explodieren lassen. Im Mai 2008 war der Baltic-Dry-Index (BDI), der die Transportkosten für Rohstoffe (Trockengüter) auf den wichtigsten internationalen Schiffrouten abbildet, fast neunmal so hoch wie in den 1990er Jahren. Seither brachen die Frachtraten deutlich ein, und im Dezember lag der BDI bereits weit unter dem Ausgangsniveau zu Beginn des Rohstoffbooms im Jahr 2002. Niedrigere Raten als im Dezember 2008 gab es zuletzt 1986. Neben der rückläufigen Nachfrage und den aus der Finanzkrise resultierenden Problemen mit der Finanzierung von Frachten spielt auch die anhaltende Indienststellung neuer Ladekapazitäten eine Rolle.

Ob die Rohstoffpreise ihren Tiefpunkt schon erreicht haben, ist zweifelhaft. Anders als die Frachtraten sind die meisten Preise trotz der erheblichen Verminderung weiterhin höher als vor sieben Jahren. Industrierohstoffe etwa waren im Dezember 2008 auf Dollarbasis noch fast doppelt so teuer wie im Herbst 2001, auf Eurobasis waren sie 40 Prozent teurer, da der Euro in dem Zeitraum gegenüber dem Dollar erheblich an Wert gewonnen hat.

Die weitere Entwicklung der Rohstoffpreise hängt entscheidend von der Dauer der Rezession in den USA und ihren Auswirkungen auf die übrige Welt ab. Im Jahr 2009 dürfte die „Atempause“ bei der Rohstoffrallye noch andauern und mit weiteren Preissenkungen verbunden sein, da das schwächere Wirtschaftswachstum den Rohstoffverbrauch bremst und weiter fortgeschrittene Projekte zur Ausweitung der Produktion nach und nach fertig gestellt werden. Für die Industrierohstoffe wird erwartet, dass die Preise im Laufe des Jahres 2009 ihren Tiefpunkt erreichen. Die Rohölpreise dürften bei Ausbleiben erneuter geopolitischer Zuspitzungen angesichts der zu erwartenden schwachen Weltölnachfrage und eines zunehmenden Ölangebots aus Ländern außerhalb der OPEC zunächst unter Druck bleiben und im Lauf des Jahres 2009 nur wenig steigen. Ein kräftigerer Ölpreisanstieg würde eine deutliche Einschränkung der Rohölexporte aus den OPEC-Ländern erfordern. Ob die Länder dazu bereit sind, ist zweifelhaft.

Das gegenwärtige Ende des Rohstoffbooms sollte nicht vergessen lassen, dass die drastische Verteuerung von Rohstoffen in diesem Jahrzehnt fundamentale Ursachen hatte, nicht zuletzt die Nachfrage aus den aufstrebenden Volkswirtschaften. Eine besondere Rolle spielt die Entwicklung Chinas, das in den letzten Jahren durch steigende Importe die Preisentwicklung auf vielen Rohstoffmärkten entscheidend beeinflusst hat. Auf mittlere Sicht, mit der Erholung der Weltwirtschaft, ist wieder mit tendenziell steigenden Rohstoffpreisen zu rechnen, da der Bedarf der Entwicklungs- und Schwellenländer im Zuge der Industrialisierung und Mobilisierung ihrer Volkswirtschaften dann wieder kräftig zunehmen wird. Die mit dem Preisverfall im Sommer 2008 ein-

*Weitere Preissenkungen
wahrscheinlich*

setzende Verschiebung von Investitionsprojekten in die Zukunft könnte den später zu erwartenden Preisauftrieb unterstützen.

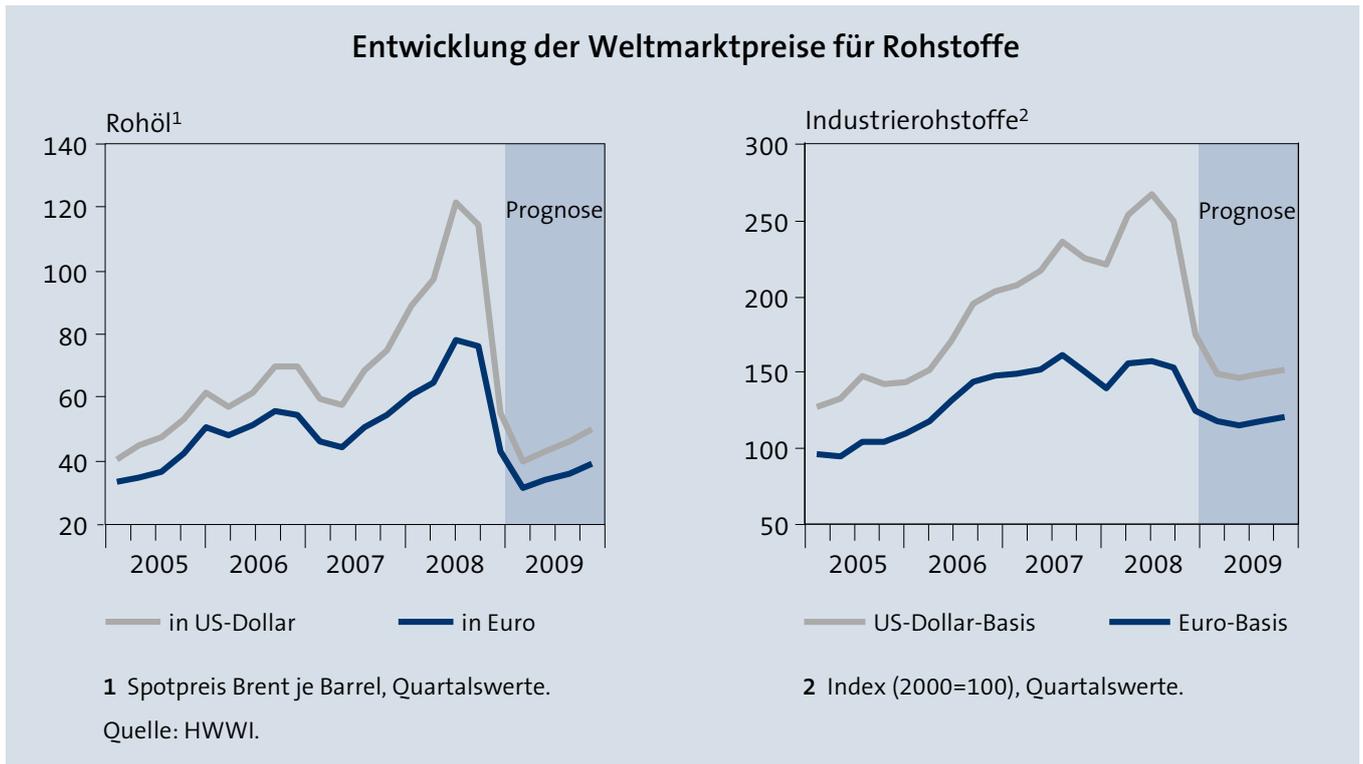


Abbildung 6

2 | Die konjunkturelle Entwicklung in der Europäischen Union

2.1 | Euroraum

Nachdem das erste Quartal dieses Jahres noch sehr positiv war, befindet sich der Euroraum seit Mitte des Jahres in einer Rezession, die sich im vierten Quartal noch verschärft hat (vgl. Abbildung 7). Der konjunkturelle Einbruch im vierten Quartal zeichnet sich bereits in den Daten des Oktobers ab. Der Einzelhandelsumsatz sank im Euroraum um 0,8 Prozent, in Deutschland um 1,6 Prozent und in Spanien sogar um 2,3 Prozent. Die Auftragseingänge und die Produktion waren ebenfalls rückläufig. Nach einer Wachstumsrate von 2,6 Prozent in 2007 wird der Euroraum in diesem Jahr voraussichtlich nur noch mit einer Rate von 0,9 Prozent expandieren. Dabei hat sich der Beschäftigungsaufbau bis Mitte 2008 fortgesetzt. Seit Jahresanfang betrug er saisonbereinigt knapp 0,3 Prozent. Danach ist die Beschäftigung gesunken. Die Arbeitslosenquote ist von 7,2 Prozent im März auf 7,7 Prozent im Oktober gestiegen. Die Verbraucherpreise sind im November im Vergleich zum Vorjahr um nur noch 2,1 Prozent gestiegen, nachdem der Preisanstieg im Juli noch 4,0 Prozent betrug. Sowohl der Anstieg als auch der Rückgang der Inflationsrate im Jahresverlauf sind vor allem durch die Entwicklung bei Preisen für Öl, Rohstoffe und einige Nahrungsmittel begründet. Die Kernrate lag im Jahresverlauf relativ stabil um die 2,5 Prozent.

*Starker Konjunkturunbruch
binnen eines Jahres*

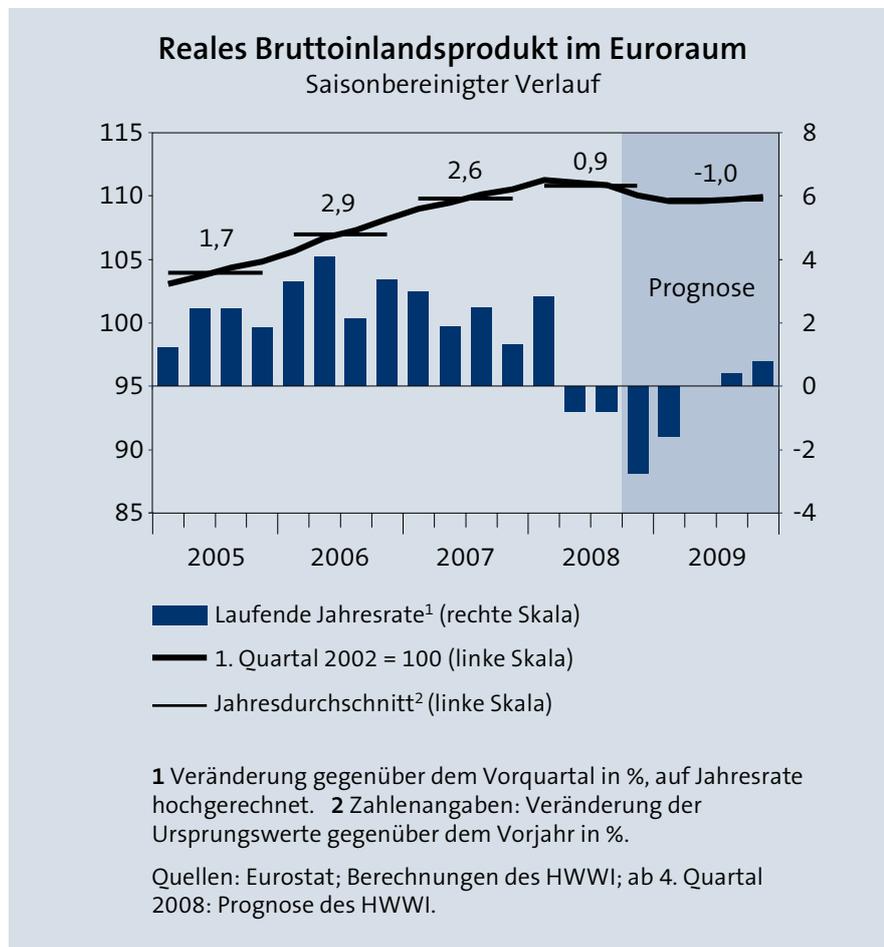


Abbildung 7

Überlagerung von Zyklus und Schock

Die Finanzmarktkrise hat sich im vierten Quartal dieses Jahres durch die Kreditverknappung verschärft auf die Realwirtschaft ausgewirkt. Sowohl eine tatsächliche Verschlechterung der Kreditkonditionen und der Finanzierungsbedingungen als auch pessimistische Absatzerwartungen sind das auslösende Moment. Insbesondere über die pessimistischen Erwartungen können sich endogen kumulativ die Abwärtskräfte verstärken. Zum Teil ist die Rezession allerdings auch Folge eines zyklischen Abschwungs, der sich bereits zu Beginn des Jahres andeutete. Teils sind hierfür strukturelle Anpassungen einzelner Branchen, wie zum Beispiel der Automobilindustrie, teils aber auch eine Abkühlung der Weltkonjunktur die Gründe. Insgesamt ist die Rezession eine sich verstärkende Überlagerung von zyklischem Abschwung und exogenem Schock durch die Finanzkrise.

Geld- und Fiskalpolitik im Zeichen der Finanzmarktkrise

Die Geldpolitik und die Fiskalpolitik im Euroraum stehen im Zeichen der Finanzmarktkrise. Seit der Insolvenz der Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 ist es im Interbankengeschäft zu einer Liquiditäts- und Vertrauenskrise gekommen. Das Vertrauen in die Funktion und Stabilität des Bankensektors ist jedoch gleichsam eine Grundbedingung für die Funktion und die Stabilität der Märkte. Die primäre Aufgabe der Europäischen Zentralbank (EZB) war in der Folge die Sicherung des Zahlungsverkehrs. Neben den Bürgschaften für die Banken durch die Regierungen der Euroraumländer hat die EZB mit einer Reihe deutlicher Zinssenkungen und Liquidität zuführender Maßnahmen versucht, das Vertrauen wiederherzustellen und damit den Zahlungsverkehr und die Geld- und Kreditversorgung zu gewährleisten. Nachdem die EZB zur Mitte des Jahres aufgrund zunehmender Inflationserwartungen den Leitzins noch auf 4,25 Prozent angehoben hatte, hat sie diesen seither auf 2,5 Prozent gesenkt. Im Zuge der Liquiditäts- und Vertrauenskrise auf dem Interbankenmarkt ist der 3-Monatszins (EURIBOR) bis auf 5,1 Prozent gestiegen, obwohl die EZB dem Markt erheblich Liquidität zugeführt hat. Eine stärkere Segmentierung der Märkte nach dem Emittentenrisiko und entsprechende Portfolioumschichtungen haben zu steigenden Spreads bei den Zinsen geführt. Auf dem Kapitalmarkt sind die Zinsen für Staatsanleihen gesunken, während sie für Unternehmensanleihen gestiegen sind. Die Fremdfinanzierungsbedingungen haben sich im Euroraum damit für fast alle Unternehmen deutlich verschlechtert. Der EuroStoxx50 ist im gleichen Zeitraum deutlich gefallen, wodurch sich auch die Eigenfinanzierungsbedingungen verschlechtert haben.

Euroraum bis Mitte 2009 in der Rezession

Im kommenden Jahr wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum um rund 1 Prozent schrumpfen. Die Gründe hierfür sind der konjunkturelle Abschwung der Weltwirtschaft und insbesondere die Rezession in den USA. Die Auslandsnachfrage wird daher zurückgehen und der Export auch in 2009 schwach bleiben. Entlastung kommt durch die gegen Ende dieses Jahres stark gefallen Preise für Öl und andere Rohstoffe. In der zweiten Jahreshälfte 2009 dürfte aber der private Konsum von dieser Entlastung profitieren. Weiterhin besteht die Gefahr, dass sich die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte kaum verbessern werden, solange die Konsolidierung im Bankensektor anhält. Dies könnte dazu führen, dass die Kreditvergabe weiterhin sehr restriktiv erfolgt und Investitionen über den Kreditkanal beschränkt bleiben. Die Kreditverknappung könnte eine schnelle konjunkturelle Erholung erschweren. Zunächst allerdings dürften die pessimistischen Ab-

satzerwartungen der Unternehmen die Investitionsnachfrage deutlich reduzieren.

Der Umstand, dass nahezu alle Branchen in allen Ländern des Euroraums von der Rezession betroffen sind, macht die derzeitige Krise ungewöhnlich ernst, weil es bis auf höhere Staatsausgaben kaum einen exogenen konjunkturellen Impuls gibt, der den Aufschwung einleiten könnte. Wenn die Rezession in den nächsten Quartalen – bereits beginnend mit dem vierten Quartal 2008 – auch den Arbeitsmarkt erreicht, droht der private Konsum sich weiter zu verschlechtern. Angstsparen und negative Vermögenseffekte dämpfen bereits jetzt den privaten Konsum. Gegen Mitte des nächsten Jahres dürften die gesunkenen Öl- und Rohstoffpreise stärker durchschlagen. Während der private Konsum im Jahresdurchschnitt etwa unverändert sein wird, werden Investitionen und Exporte deutlich zurückgehen. Von den Staatsausgaben gehen infolge der Konjunkturprogramme in den Mitgliedsländern expansive Impulse aus. Das aggregierte Budgetdefizit im Euroraum wird sich in der Folge auf rund 3 Prozent erhöhen. Insgesamt wird das reale Bruttoinlandsprodukt im nächsten Jahr um rund 1 Prozent schrumpfen. Die Arbeitslosenquote wird im Euroraum wieder deutlich über 8 Prozent steigen. Der Anstieg des HVPI wird nach rund 3,4 Prozent in diesem Jahr in 2009 auf unter 1,5 Prozent zurückgehen.

Kaum expansive Impulse im Euroraum

Neben Deutschland sind auch alle anderen großen Volkswirtschaften im Euroraum von der Rezession betroffen. Frankreich wird voraussichtlich um rund 1 Prozent, Spanien und Italien um rund 1,5 Prozent schrumpfen. In allen Ländern zeigen die Komponenten des Bruttoinlandsprodukts ein ähnliches Muster. Während der Konsum schwach ist und Investitionen und Exporte stark rückläufig sind, sorgen allein die steigenden Staatsausgaben für expansive Impulse. In den übrigen Mitgliedsländern fällt der Abschwung – bis auf Irland, dessen reales Bruttoinlandsprodukt um rund 1,5 Prozent zurückgeht – moderater aus.

Alle großen Volkswirtschaften in der Rezession

2.2 | Großbritannien

Im dritten Quartal dieses Jahres ist das reale Bruttoinlandsprodukt gegenüber dem Vorquartal um 0,5 Prozent zurückgegangen. Während der private Konsum nur leicht rückläufig war, sind Investitionen und Exporte kräftig gesunken. Nach knapp 1 Prozent Wachstum in diesem Jahr wird das reale Bruttoinlandsprodukt in 2009 um rund 1,5 Prozent schrumpfen. Sinkende Vermögenspreise infolge der deutlichen Korrektur auf den Immobilienmärkten sowie zunehmende Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt sorgen in 2009 weiter für negative Impulse aus dem privaten Konsum. Auch Investitionen und Exporte werden rückläufig bleiben. Hinzu kommt, dass sich die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte nicht verbessern werden. Zwar hat die Bank of England den Leitzins innerhalb eines Jahres von 5,5 Prozent auf 2 Prozent gesenkt, der Interbankenmarkt ist aber weiterhin sehr angespannt, was sich in hohen Kreditzinsen niederschlägt. Die Staatsausgaben werden aufgrund des umfangreichen Konjunkturprogramms stark steigen, aber den kräftigen Konjunkturreinbruch lediglich dämpfen.

Großbritannien droht lang anhaltende und tiefe Rezession.

2.3 | Osteuropäische EU-Mitgliedsländer

Deutliche Abkühlung auch in den osteuropäischen Ländern

In den osteuropäischen Mitgliedsländern haben sich nach einer kräftigen Expansion die konjunkturellen Aussichten für 2009 deutlich eingetrübt. Zwar wird sich der Aufholprozess fortsetzen, konjunkturell wird sich das Wachstum aber spürbar verlangsamen. Nach rund 4,5 Prozent in diesem Jahr dürfte die Wachstumsrate in 2009 auf rund 1,5 Prozent zurückgehen. Die Gründe hierfür sind die weltwirtschaftliche Rezession und insbesondere der konjunkturelle Einbruch bei den europäischen Handelspartnern. Die konjunkturelle Entwicklung unterscheidet sich zwischen den osteuropäischen Mitgliedsländern der Europäischen Union jedoch erheblich. Während sich der Abschwung in Polen, Tschechien und der Slowakei in Grenzen hält, wird Ungarn – ebenso wie die baltischen Länder – einen Rückgang des realen Bruttoinlandsprodukts verzeichnen.

3 | Wirtschaftskrise in Deutschland

Die Konjunktur in Deutschland war zunächst gut in dieses Jahr hinein gestartet, allerdings mit bedingt durch den damals außerordentlich milden Winter. Nach dem Frühjahr setzten sich dann mehr und mehr die Dämpfungseffekte durch, die schon seit 2007 von der exzessiven Energieverteuerung, der kräftigen Euro-Aufwertung sowie der Immobilien- und Finanzkrise in den USA ausgingen. Mit der Verschärfung der Finanzkrise nach der Lehman-Brothers-Pleite im September hat sich der Abschwung noch beschleunigt. Die Auswirkungen der Finanzkrise haben inzwischen große Teile der Realwirtschaft erfasst. Nachdem das reale Bruttoinlandsprodukt schon im Sommerhalbjahr merklich gesunken ist, deuten Umfrageergebnisse wie auch reale Indikatoren auf einen noch kräftigeren Rückgang der Wirtschaftstätigkeit zum Jahresende hin. Im Durchschnitt von 2008 ist die gesamtwirtschaftliche Produktion aufgrund des guten Starts zu Jahresbeginn dennoch um 1,5 Prozent gewachsen. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt blieb bis zum Jahresende gleichwohl robust und die Zahl der registrierten Arbeitslosen sank im Verlauf von 2008 noch einmal um saisonbereinigt 350.000 auf 3,15 Millionen; allerdings dürfte der Zenit der Beschäftigung überschritten sein. Die Inflationsrate ging nach kräftigem Anstieg bis zur Jahresmitte anschließend, vor allem dank der Wende bei den Ölpreisen, noch schneller zurück und unterschritt zum Jahresende hin mit 1,4 Prozent deutlich die 2-Prozent-Stabilitätsmarke.

*Nach gutem Start der Konjunktur
in 2008 Abrutschen in die Rezession*

Die Rezession wird sicherlich bis in das nächste Jahr hinein andauern. Große Unsicherheit besteht allerdings über Tiefe und Dauer der Krise und in diesem Zusammenhang, ob sich eine Abwärtsspirale vermeiden lässt. Die Geld- und die Finanzpolitik in den großen Industrieländern haben bisher viel unternommen, um dem entgegen zu steuern. Inwieweit dabei die bislang in Deutschland ergriffenen konjunkturpolitischen Maßnahmen ausreichen, ist allerdings fraglich. Die gegenwärtige, vielfach kontrovers geführte Diskussion um weitere Konjunkturpakete verstärkt eher die bestehende Unsicherheit und dürfte vorhandenen Attentismus noch vergrößern. Bei allem Pessimismus gibt es aber auch positive Faktoren, wie den Ölpreistrückgang und die Euro-Abwertung, die konjunkturstützend wirken. Insofern besteht durchaus die Chance zur Stabilisierung der Wirtschaft im Jahresverlauf von 2009. Die Gefahr einer Abwärtsspirale ist aber nicht gebannt.

*Große Unsicherheit über Tiefe
und Dauer der Krise*

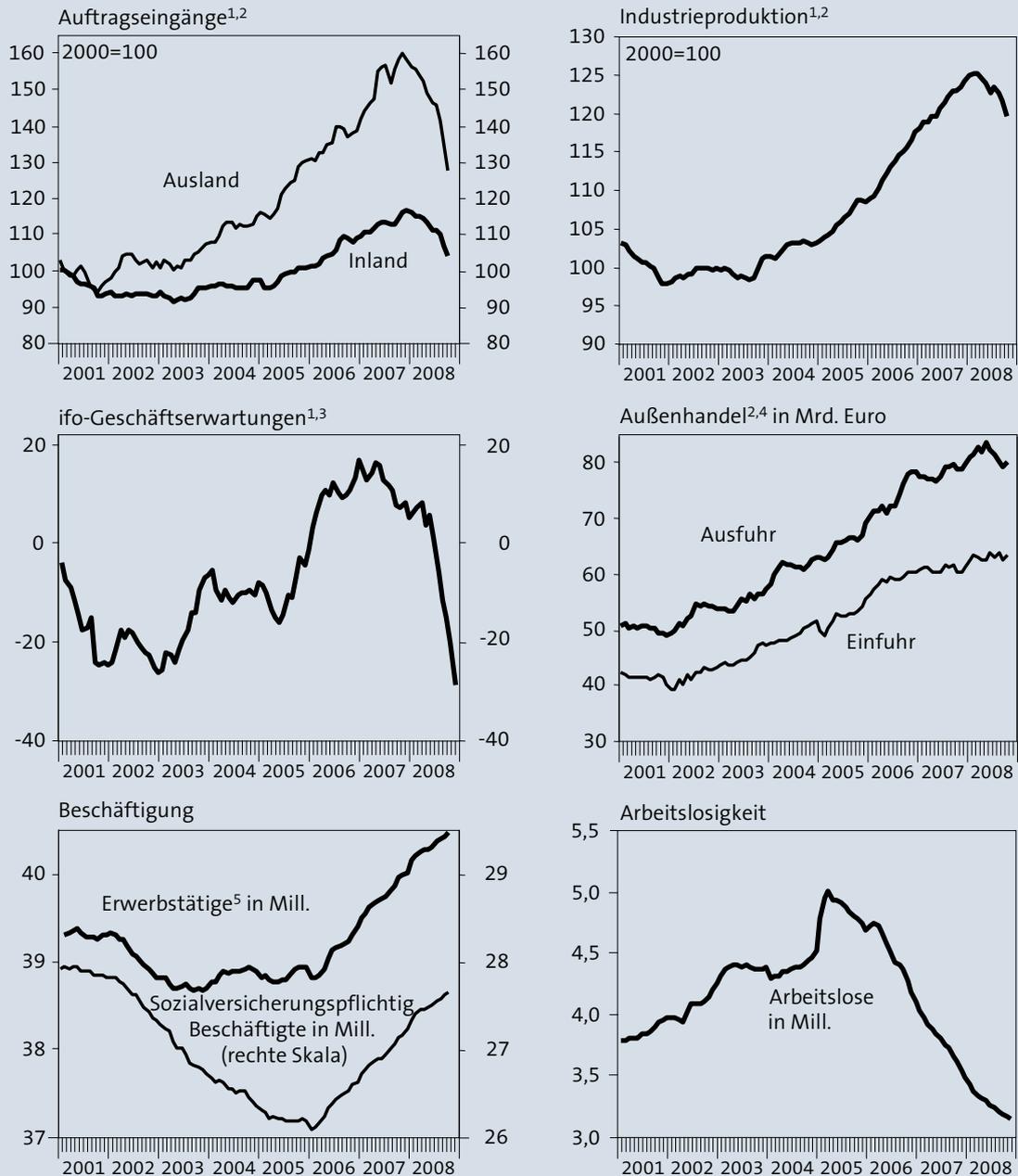
3.1 | Konjunktur rutschte im Verlauf von 2008 in die Rezession

Die deutsche Wirtschaft befand sich schon vor der Verschärfung der amerikanischen Immobilien- und Finanzkrise im Abschwung; letztere hat die Lage dann weltweit zusätzlich verschärft. Bereits vor einem Jahr hatten ungünstige Rahmenbedingungen eine spürbare Konjunkturabschwächung in der ersten Hälfte dieses Jahres erwarten lassen. Für das damals aufgrund der Intransparenz nur schwer einschätzbare Risiko einer Verschärfung der Immobilien- und Finanzkrise in den USA war im Falle deren Eintretens durchaus die Gefahr einer Rezession in den USA mit entsprechenden Auswirkungen auf die Weltwirtschaft und damit auf Deutschland gesehen worden. Sicherlich überwog damals noch die Hoffnung, dass diese Gefahr nicht virulent würde.

Ausweitung der Finanzkrise

Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

Saisonbereinigte Werte



1 Verarbeitendes Gewerbe. 2 Dreimonatsdurchschnitte. 3 Salden der positiven und negativen Firmenmeldungen. 4 Preis- und saisonbereinigt in Preisen von 2000. 5 Inländerkonzept.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; ifo-Institut; Berechnungen des HWWI.

Abbildung 8

Das Ausmaß der amerikanischen Immobilien- und Finanzkrise erwies sich allerdings als weitaus größer als noch damals absehbar war und belastet nun die internationalen Finanzmärkte und damit auch die deutschen Banken erheblich, ohne dass auch heute das genaue Ausmaß absehbar wäre. Im Nachhinein stellt sich für viele die Entscheidung, die Investmentbank Lehman-Brothers nicht zu stützen, als „Dammbruch“ dar. Allerdings war Lehman-Brothers nicht die einzige Finanzinstitution, die hohe Verluste im Gefolge des Einbruchs der Immobilienmärkte in den USA zu verzeichnen hatte. Auch deutsche Banken gerieten in diesen Sog.

Die Konjunktur in der ersten Jahreshälfte war dabei insgesamt günstiger als vorausgeschätzt, wobei vor allem der außerordentlich milde Winter die Entwicklung überzeichnete. Davon profitierte insbesondere die Bauwirtschaft. Aber auch vom Außenhandel kamen noch positive Impulse, zunächst weil sich der Export trotz der vorangegangenen kräftigen Euroaufwertung dank hoher Auftragsbestände gut hielt, dann, weil die Importe sich schwächer als die Exporte entwickelten. Die Unternehmensinvestitionen nahmen noch leicht zu und der Staat nutzte seine verbesserte Finanzlage, um Konsum und Investitionen zu erhöhen. Der private Konsum, eigentlich aufgrund der guten Beschäftigungsentwicklung und höherer Lohnabschlüsse als Konjunkturstütze erwartet, litt hingegen unter dem Kaufkraftentzug durch die weiterhin exzessiv steigenden Öl- und Nahrungsmittelpreise; er sank bereits in der ersten Hälfte dieses Jahres spürbar.

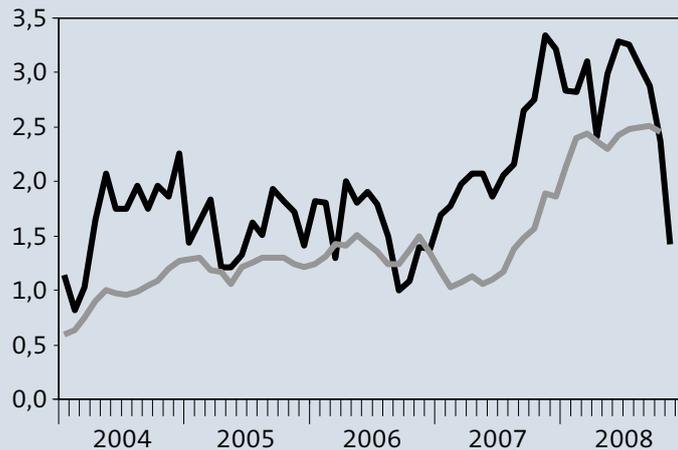
Mit der Wende in der Preisentwicklung nach der Jahresmitte konnte sich der private Konsum, obgleich im Einzelhandel die Umsätze preisbereinigt weiter rückläufig waren, zwar etwas festigen. Das konnte aber nicht die Nachfragerückgänge bei den Investitionen und aus dem Ausland kompensieren. Die sich weiter eintrübenden Absatzperspektiven im In- und Ausland dämpften die Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Beim Export wirkten sich mehr und mehr die Verschlechterung des weltwirtschaftlichen Umfelds und die seit 2006 eingetretene Euro-Aufwertung, insbesondere gegenüber dem US-Dollar, aus; die Auftragseingänge aus dem Ausland sind im Verlauf dieses Jahres um fast ein Viertel eingebrochen. Die Umkehr der Wechselkursentwicklung seit dem Sommer – immerhin hat sich der Euro-Kurs seitdem von knapp 1,60 US-Dollar/Euro auf nunmehr weniger als 1,30 US-Dollar/Euro verringert, also um rund 20 Prozent – wird sich erst mit der üblichen Verzögerung von drei bis vier Quartalen auswirken. Die kräftige Expansion der Importe im dritten Quartal dürfte zwar nur temporär gewesen sein, verstärkte allerdings den negativen Wachstumsbeitrag seitens des Außenhandels.

Haussierende Öl- und andere Rohstoffpreise sowie die starke Verteuerung bei Nahrungsmitteln hatten bereits 2007 den Preisauftrieb angeheizt. Diese Entwicklung setzte sich zunächst bis Mitte dieses Jahres fort. Die Ölpreise erreichten im Sommer die neue Rekordmarke von knapp 150 US-Dollar/Barrel und dieser Anstieg wirkt sich trotz des inzwischen eingetretenen Preisverfalls wegen der Anpassungsverzögerungen immer noch auf andere Energiepreise wie Gas und Strom aus. Aber auch von Seiten der Arbeitskosten hat der Kostendruck zugenommen. Nach der Lohnzurückhaltung in den zurückliegenden Jahren fielen die diesjährigen Tarifabschlüsse deutlich höher aus, teils begründet mit dem vorangegangenen Aufschwung, mehr und mehr aber auch mit einem Inflationsausgleich; letzteres ließ zumindest zeitweilig die Befürchtung von Zweitrundeneffekten aufkommen. Die Inflationsrate hielt sich denn auch im Sommer mehrere Monate über 3 Prozent. Auch die vom HWWI berechnete Kernrate, die für die Energiepreise nicht deren „Spitzen“, sondern lediglich deren mittelfristigen Trend berücksichtigt, und die deshalb den grundlegenden Preisauftrieb besser widerspiegelt, hat auf 2,5 Prozent zugenommen. Nach dem Preissturz bei Öl und anderen Rohstoffen ging die Inflationsrate dann allerdings rasch zurück, seit der Jahresmitte um fast zwei Prozentpunkte auf nunmehr 1,4 Prozent.

Nachlassen der Nachfrage auf breiter Front

Nach starkem Anstieg kräftiger Rückgang der Inflationsrate

Entwicklung der Verbraucherpreise in Deutschland



— Inflationsrate, Veränderung ggü. dem Vorjahr in %
 — HWWI-Kernrate¹, Veränderung ggü. dem Vorjahr in %

1 Kerninflationsrate: Berechnet aus geglätteten Indizes (gleitende 3-Monats-Durchschnitte für den Gesamtindex ohne Heizöl und Kraftstoffe sowie ohne Saisonwaren und 24-Monats-Durchschnitte für den Index für Heizöl und Kraftstoffe sowie für Saisonwaren) sowie ohne Steueränderungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; HWWI.

Abbildung 9

Annahmen der Prognose

Der Prognose für das Jahr 2009 liegen folgende Annahmen zu Grunde:

- Die Immobilien- und Finanzkrise in den USA hat ihren Zenit erreicht. Die in vielen Ländern beschlossenen Rettungsmaßnahmen, in Deutschland namentlich der Finanzmarktstabilisierungsfonds, wirken sich zunehmend beruhigend auf die Finanzmärkte aus.
- Die weltwirtschaftliche Expansion schwächt sich zunächst weiter ab, stabilisiert sich aber im späteren Verlauf nächsten Jahres. Der Welthandel hält 2009 knapp das Niveau von 2008.
- Der Ölpreis bewegt sich in absehbarer Zeit zwischen 40 und 50 US-Dollar/Barrel.
- Die Abwertung des Euro setzt sich nicht fort. Im Prognosezeitraum pendelt der Kurs des Euro gegenüber dem US-Dollar um 1,25 US-Dollar/Euro.
- Die Europäische Zentralbank wird die geldpolitischen Zügel im Frühjahr 2009 noch einmal lockern. Erst wenn sich die konjunkturelle Situation wieder zunehmend erholt, voraussichtlich 2010, werden die Leitzinsen allmählich wieder angehoben. Die langfristigen Zinsen ziehen erst mit Festigung der Konjunktur im späteren Verlauf von 2009 leicht an, bleiben aber im langfristigen Durchschnitt sehr niedrig.
- Die künftigen Lohnabschlüsse tragen der konjunkturellen Verschlechterung Rechnung und fallen wieder niedriger als die in diesem Jahr aus. Die tariflichen Stundenlöhne steigen im nächsten Jahr um durchschnittlich 2 ¼ Prozent.
- Die Finanzpolitik wirkt im kommenden Jahr angesichts der bislang beschlossenen Konjunkturstützungsmaßnahmen expansiv. Das Gesamtdefizit der öffentlichen Haushalte nimmt wieder zu.

3.2 | 2009: Zwischen Chance zur Stabilisierung und Gefahr einer Abwärtsspirale

Die Perspektiven für die konjunkturelle Entwicklung im kommenden Jahr sind recht ungünstig und durch große Unsicherheit bestimmt. Die Turbulenzen an den Finanzmärkten in den USA haben weltweite Kreise gezogen. Ähnlich wie die USA sind die größeren europäischen Volkswirtschaften in die Rezession abgerutscht, und das Wachstum in den großen Schwellenländern wurde abgebremst. Bei allem gibt es aber auch einige zumindest aus deutscher Sicht positive Entwicklungen. Die Höhenflüge beim Ölpreis und beim Euro-Dollar-Kurs gingen im Sommer abrupt zu Ende; die damaligen Höchstmarken von fast 150 US-Dollar je Barrel Öl bzw. 1,60 US-Dollar je Euro werden inzwischen weit unterschritten. Die Ölpreise sind unter 50 US-Dollar/Barrel gesunken. Der Euro hat sich gegenüber dem Dollar kräftig abgewertet, nämlich um 20 Prozent. Dadurch hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Anbieter vor allem in Übersee deutlich erhöht.

Für die weitere Entwicklung wird von besonderer Bedeutung sein, inwieweit das vielfach verloren gegangene Vertrauen, sowohl was die Wirtschaftsakteure untereinander wie auch was die Erwartungen in die Zukunft betrifft, wieder hergestellt werden kann. Was das erste angeht, so ist zu befürchten, dass, wenn nicht eine Kreditklemme, so doch aber eine vorsichtiger und damit restriktivere Kreditvergabe der Banken wie auch verringerte Kreditlinien der Unternehmen gegenüber ihren Kunden die Handlungsmöglichkeiten von Unternehmen und Verbrauchern einschränken. Die ungewissen Erwartungen in die Zukunft dürften Unternehmen und Verbraucher teilweise zu Attentismus verleiten; die deutlich gestiegene Sparquote ist ein Hinweis darauf.

Unter den vorgenannten Bedingungen werden zunächst die kontraktiven Einflüsse überwiegen. In den ersten Monaten des kommenden Jahres ist deshalb mit einer Fortsetzung der Talfahrt der Konjunktur zu rechnen. Der starke Nachfragerückgang aus dem Ausland wird die Exporte spürbar dämpfen. Der private Konsum wird aufgrund der Kaufzurückhaltung infolge der ausgeprägten Verunsicherung, zumal bei wieder zunehmender Arbeitslosigkeit, eher leicht zurückgehen; die Stärkung der Kaufkraft dank geringerer Teuerung dürfte vorerst lediglich einen stärkeren Rückgang verhindern. Die Unternehmen werden ihre Investitionen angesichts verschlechterter Absatz- und Ertragsperspektiven sowie schwächerer Kapazitätsauslastung, aber auch wegen eingeschränkter Finanzierungsmöglichkeiten, deutlich reduzieren. Die Bauinvestitionen werden insgesamt ebenfalls sinken; vor allem die Wohnungsbautätigkeit und der gewerbliche Bau werden zurückgehen. Lediglich der Staat wird Konsum und Investitionen ausweiten, wozu auch die Konjunkturmaßnahmen beitragen.

Aber es gibt auch die Konjunktur stützende Einflussfaktoren. Der Rückgang der Ölpreise wird, wenn diese etwa auf dem gegenwärtigen Niveau verharren, die deutsche Wirtschaft aufs Jahr hoch gerechnet um etwas mehr als 20 Mrd. Euro entlasten; die Verringerung der Einfuhrrechnungen anderer Energieträger, vor allem von Mineralölprodukten und Erdgas, beläuft sich noch einmal auf annähernd 5 Milliarden Euro. Zusammen entspräche das etwas mehr als einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Dazu kommen noch die Entlastungen durch ebenfalls kräftige Preisrückgänge bei der Einfuhr an-

Vertrauenskrise fördert Attentismus

Fortsetzung der Talfahrt Anfang 2009

Starke Entlastungen durch Ölpreisverfall und Euro-Abwertung

derer Rohstoffe. Die seit letztem Sommer eingetretene Abwertung des Euro wird mit den üblichen drei bis vier Quartalen Verzögerung etwa ab Mitte kommenden Jahres zum Tragen kommen. Der deutsche Export sollte sich daher, zumal dann auch mit einer allmählichen Stabilisierung der Weltwirtschaft gerechnet wird, in der zweiten Jahreshälfte 2009 wieder beleben. Auf das ganze Jahr gesehen wird allerdings vom Außenbeitrag, auch wenn die Importe ebenfalls schwach sein werden, ein negativer Wachstumsbeitrag kommen.

Überwindung der Krise in der zweiten Jahreshälfte

Aber nicht nur von der Auslandsnachfrage dürften in der zweiten Hälfte nächsten Jahres wieder positive Impulse kommen. Der deutliche Rückgang der Inflation führt dazu, dass die Reallöhne wieder merklich steigen. Sicherlich werden die Realeinkommen bei nachlassender Beschäftigung das nicht in gleichem Maße tun. Doch werden ab der Jahresmitte auch die Transfer-einkommen, insbesondere wegen deutlicherer Rentenerhöhungen, stärker zunehmen. All das dürfte dazu führen, dass dann auch der private Verbrauch zumindest wieder leicht zunehmen wird. Die Stabilisierung der Nachfrage von diesen Seiten sollte die Absatz- und Ertragsperspektiven der Unternehmen soweit verbessern, dass diese ihre Investitionen nicht weiter reduzieren und später wieder auszuweiten beginnen.

Eckdaten für Deutschland
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

	2005	2006	2007	2008	2009
Bruttoinlandsprodukt ¹	0.8	3.0	2.5	1.5	-1.2
Private Konsumausgaben	0.2	1.0	-0.4	-0.3	-0.5
Konsumausgaben des Staates	0.4	0.6	2.2	2.5	1.6
Anlageinvestitionen	1.1	7.7	4.3	4.6	-3.5
Ausrüstungen	6.0	11.1	6.9	5.9	-4.6
Bauten	-3.0	5.0	1.7	3.2	-2.9
Sonstige Anlagen	4.9	8.0	8.0	5.9	-0.5
Inlandsnachfrage	0.0	2.1	1.1	1.4	-0.6
Ausfuhr	7.7	12.7	7.5	4.2	-2.5
Einfuhr	6.5	11.9	5.0	4.4	-1.4
Arbeitsmarkt					
Erwerbstätige	-0.1	0.6	1.7	1.5	-0.6
Arbeitslose (Mill. Personen)	4.86	4.49	3.78	3.26	3.45
Arbeitslosenquote ² (in %)	11.1	10.3	8.7	7.5	7.9
Verbraucherpreise	1.5	1.6	2.3	2.7	1.2
Finanzierungssaldo des Staates (in % des BIP)	-3.3	-1.5	-0.2	-0.5	-0.8
Leistungsbilanzsaldo ³ (in % des BIP)	5.2	6.1	7.6	7.0	6.6

1 Preisbereinigt. **2** Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). **3** In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Bundesagentur für Arbeit; 2008 und 2009: Prognose des HWWI.

Tabelle 1

Bei den beschriebenen Entwicklungen im Einzelnen zeichnet sich für kommendes Jahr nach einem weiteren Rückgang der Konjunktur in den ersten Monaten im späteren Jahresverlauf eine gewisse Wiederbelebung ab. Aber auch dann wird das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahresdurchschnitt 2009 deutlich niedriger als in diesem Jahr sein, und zwar um 1,2 Prozent. Die Beschäftigung wird nach jahrelangem Anstieg wieder spürbar sinken; die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresverlauf deutlich zunehmen, nämlich um etwa

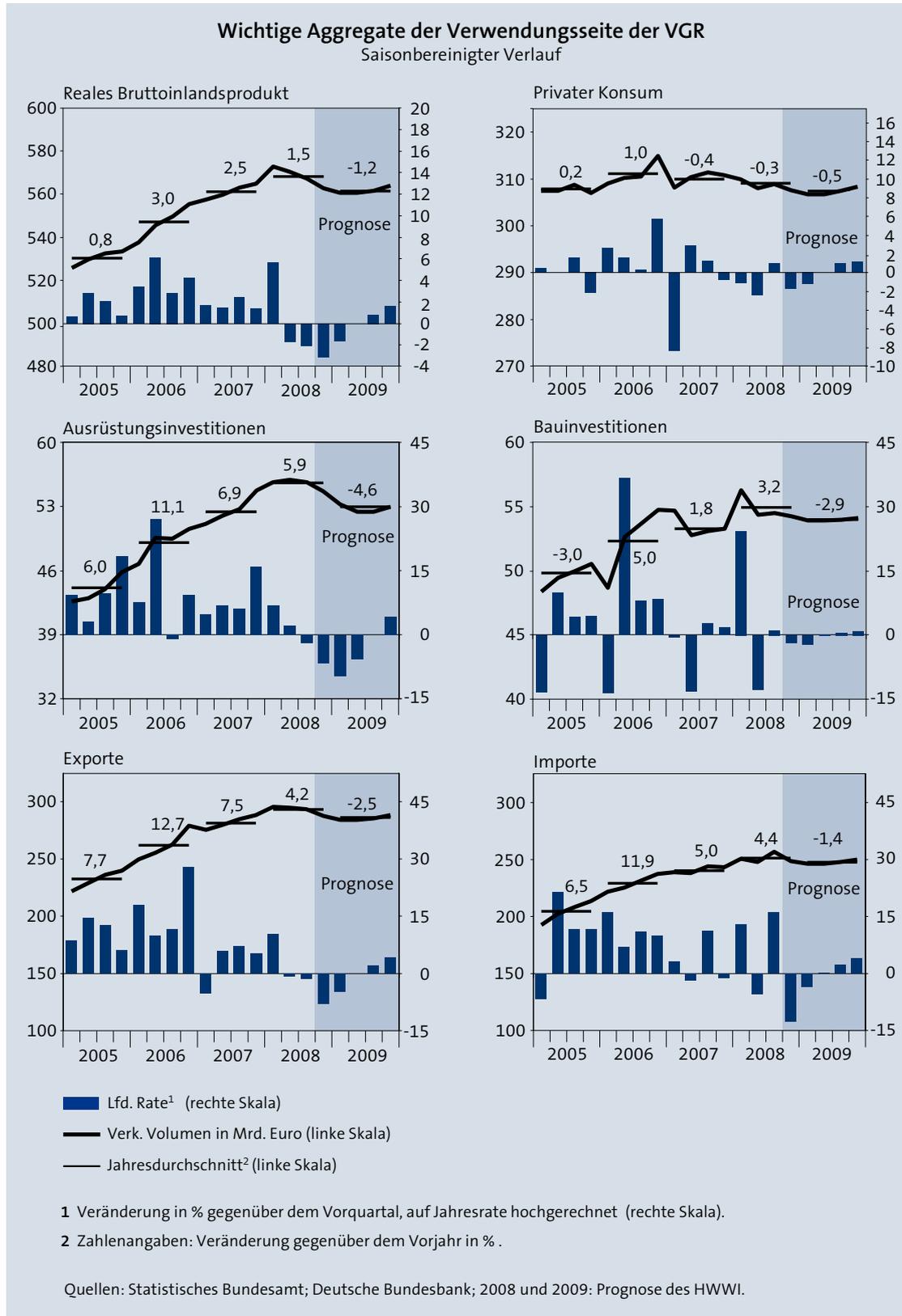


Abbildung 10

eine halbe Million Personen; in den Jahresdurchschnittszahlen wird die Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation wegen der statistischen Überhänge unterzeichnet. Der Preisauftrieb wird angesichts gesunkener Rohstoffkosten und der von der Nachfrage her ausgehenden dämpfenden Einflüsse gering bleiben, obwohl von Seiten der Arbeitskosten, auch weil die Produktivitätsentwicklung konjunkturell bedingt sehr schwach ist, der Druck etwas zugenommen hat. Im Jahresdurchschnitt 2009 wird die Inflationsrate mit 1,2 Prozent weniger als halb so hoch wie in diesem Jahr sein.

*Gefahr einer Verschärfung der Krise
aber nicht auszuschließen*

Das vorab beschriebene Konjunkturszenario für 2009 enthält allerdings mehr Risiken für eine noch ungünstigere Entwicklung als Chancen für eine günstigere. Die Intransparenz des Finanzsektors hat in der jüngeren Vergangenheit wiederholt gezeigt, dass nicht unbedingt davon ausgegangen werden kann, dass nunmehr alle Verluste offen gelegt sind und weitere Hiobsbotschaften ausgeschlossen werden können. In den USA und in Großbritannien gehen immer noch Banken Pleite, aber auch bei deutschen Banken haben sich auf der einen Seite die Abschreibungsverluste und auf der anderen Seite der Kapitalbedarf immer wieder erhöht. Weitere Negativentwicklungen im Finanzsektor würden die Gefahr einer Kreditklemme erhöhen. Aber auch in der Realwirtschaft gibt es Fehlentwicklungen. Insbesondere in den USA steht die Autoindustrie am Abgrund. Zweifelsohne hat diese die Entwicklung technisch wie wirtschaftlich „verschlafen“. Ihr Bankrott in der gegenwärtigen kritischen Konjunktursituation aber wäre ein Desaster für die amerikanische Industrie. Würde sie nicht mit staatlicher Hilfe gestützt, wäre eine Vertiefung der Rezession in den USA wahrscheinlich, die ähnlich negative Signalwirkungen für die Weltwirtschaft wie die Bankenkrise haben könnte. Auch in Deutschland ist die Automobilindustrie die am schwersten von der Rezession betroffene Branche.

Eine Ausweitung des Pessimismus bei privaten Haushalten und Unternehmen könnte auch bei Veröffentlichung der zu erwartenden sehr negativen Daten für das Schlussquartal dieses Jahres im Februar eintreten. Sich weiter ausbreitender Attentismus könnte dann zu einer Abwärtsspirale von nachlassender Nachfrage sowie sinkender Beschäftigung und Einkommen führen. Die erhoffte Wiederbelebung der Wirtschaft zum Ende nächsten Jahres hin würde sich dann nach 2010 hinauszögern. Die Wachstumsrate für das reale Bruttoinlandsprodukt würde noch niedriger als -1,2 Prozent ausfallen, die Arbeitslosigkeit noch stärker ansteigen und die Gefahr einer Deflation sich erhöhen.

3.3 | **Arbeitsmarkt**

*2008: Arbeitsmarkt trotzte der
Konjunktur*

Trotz der seit Frühjahr 2008 rückläufigen Wirtschaftsentwicklung hat sich die Lage am Arbeitsmarkt bis zum Jahresende kontinuierlich gebessert. Die Zahl der Erwerbstätigen (Inländerkonzept) nahm bis Oktober saisonbereinigt um 457 000 zu (vgl. Abbildung 11). Getragen wurde der Beschäftigungsaufbau maßgeblich von der Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse (vgl. Abbildung 12). Von den Zusatzjobs und Minijobs gingen allenfalls geringe, von der Förderung der Selbständigkeit sogar negative Impulse für die Beschäftigung aus. Der kräftige Beschäftigungsaufbau spiegelte sich in der Verringerung der Arbeitslosigkeit wider. Im Oktober wurden erstmals seit 1992 wieder weniger als 3 Millionen Personen

als arbeitslos registriert. Saisonbereinigt betrug der Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit von Januar bis November 347 000. Gleichwohl ist seit dem zweiten Quartal eine deutliche Verlangsamung der Entwicklung zu verzeichnen. Alles in allem dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2008 um 585 000 zulegen. Dies korrespondiert mit einem Rückgang der registrierten Arbeitslosigkeit von 510 000 Personen.

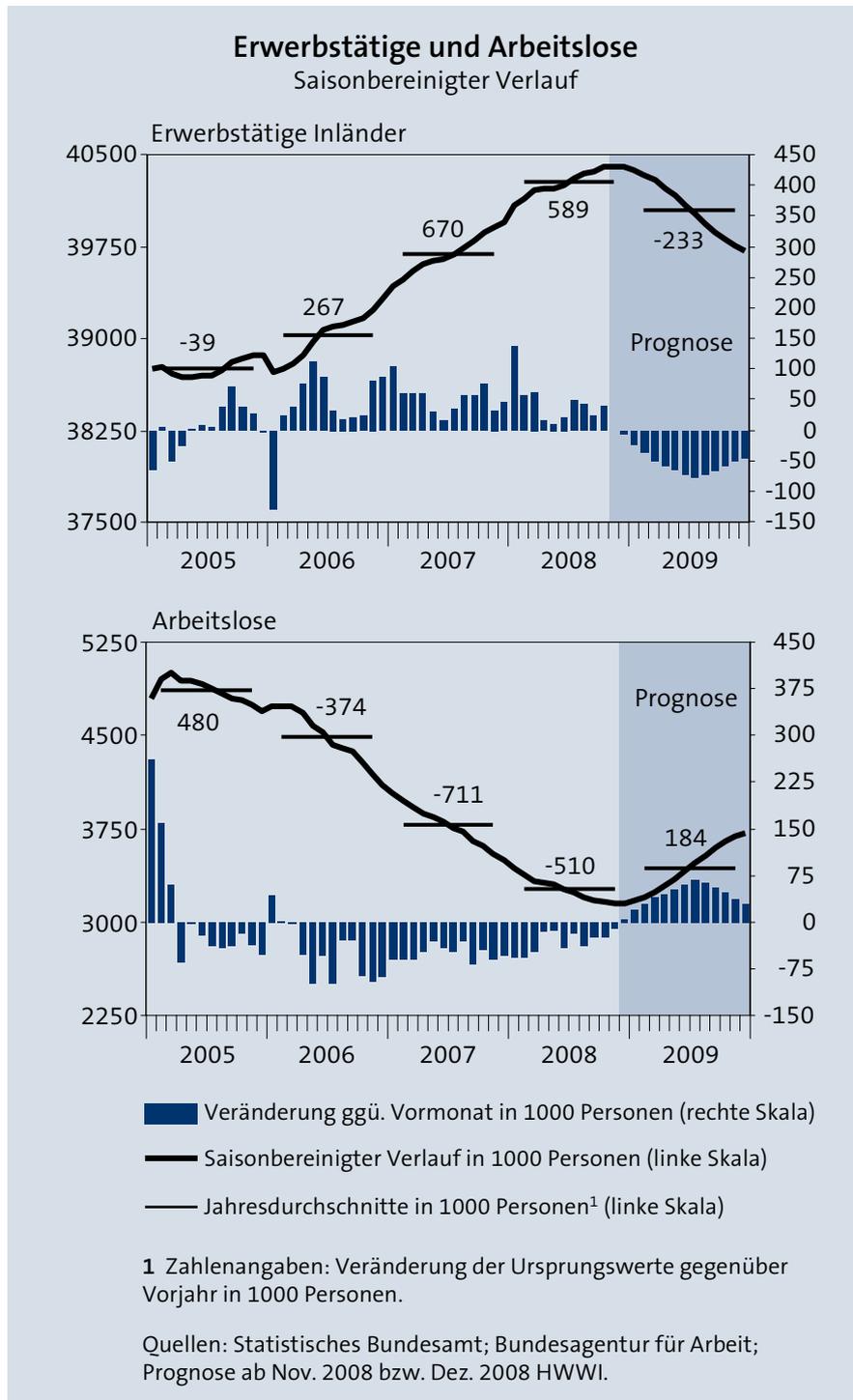


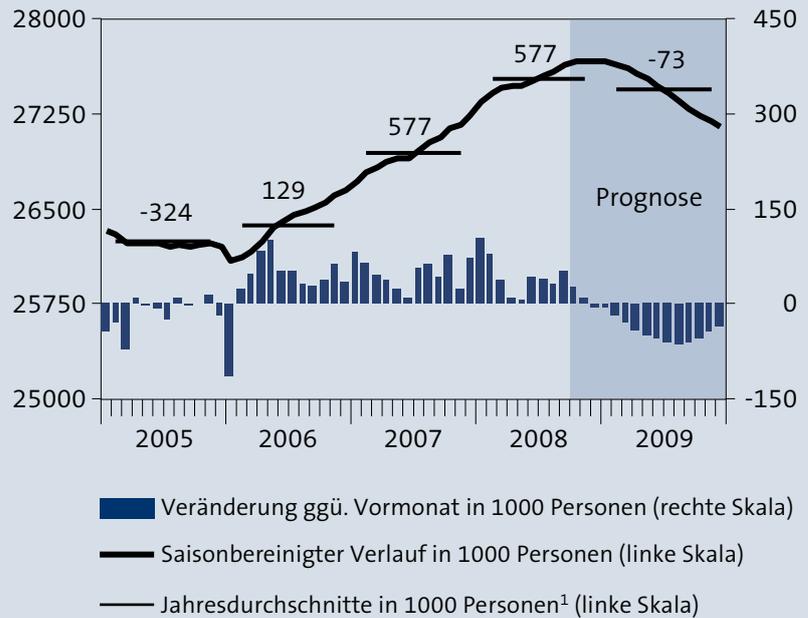
Abbildung 11

Im Jahr 2009 wird die Rezession deutliche Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird im Jahresdurchschnitt um 240000 zurückgehen. Im Verlauf bedeutet dieses ein Beschäftigungsabbau von 680 000 Personen, der zuvorderst die Gruppe der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, in geringerem Maße auch die ausschließlich geringfügig

Schwache Konjunktur hinterlässt 2009 Spuren auf dem Arbeitsmarkt

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

Saisonbereinigter Verlauf



1 Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in 1000 Personen.

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; ab Oktober 2008: Prognose des HWWI.

Abbildung 12

Arbeitsmarktbilanz

Jahresdurchschnitte in 1000 Personen

	2006	2007	2008	2009
Deutschland				
Erwerbstätige Inländer	39024	39694	40280	40047
Arbeitnehmer	34631	35242	35817	35608
darunter:				
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26366	26942	27519	27445
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4819	4861	4877	4791
Zusatzjobs (Variante Mehraufwand)	306	301	291	320
Selbständige	4394	4451	4463	4440
darunter:				
Förderung der Selbständigkeit ¹	301	238	182	126
Pendlersaldo	73	74	67	70
Erwerbstätige Inland	39097	39768	40347	40117
Arbeitslose	4487	3776	3266	3450
Arbeitslosenquote ²	10.3	8.7	7.5	7.9
Erwerbslose ³	4250	3602	3128	3261
Erwerbslosenquote ⁴	9.8	8.3	7.2	7.5

1 Gründungszuschuss, Existenzgründungszuschuss, Überbrückungsgeld, Einstiegsgeld.

2 Arbeitslose in % der inl. Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer zuzüglich Arbeitsloser).

3 Definition der ILO.

4 Erwerbslose in % der inl. Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer zuzüglich Erwerbsloser).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2008 und 2009 Prognose des HWWI.

Tabelle 2

Beschäftigten betrifft. Dabei dürften zunächst sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse bei Zeitarbeitsfirmen aufgelöst werden. Dämpfend auf den Abschwung am Arbeitsmarkt sollte der Umstand wirken, dass die Unternehmen angesichts des in vielen Branchen akuten Fachkräftemangels bemüht sein dürften, qualifizierte Mitarbeiter nach Möglichkeit zu halten. Mit den in vielen Unternehmen bereits eingeführten Arbeitszeitkonten besteht hierfür ein Instrument, um konjunkturell bedingte Einbrüche der Arbeitsnachfrage abzufangen. Unterstützung erfahren die Unternehmen auch durch das neu geregelte Kurzarbeitergeld.

Der prognostizierte Abwärtstrend bei der Erwerbstätigkeit spiegelt sich auch in der Entwicklung der Arbeitslosigkeit wider. Allerdings wird die Zunahme der Zahl der Arbeitslosen geringer ausfallen, da sich nach Angaben des IAB das Arbeitsangebot 2009 demografisch bedingt um etwa 130 000 Personen verknappt. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte bis Ende 2009 um rund 550 000 Personen zulegen. Durch die bis Jahresende 2008 anhaltend positive Entwicklung wird die registrierte Arbeitslosigkeit im Jahresdurchschnitt 2009 nur um 185 000 zunehmen.

3.4 | Öffentliche Finanzen

Im Jahr 2008 werden die staatlichen Einnahmen um 2,4 Prozent zunehmen. Im Wesentlichen ist dies auf weiter steigende Steuereinnahmen und Sozialbeiträge zurückzuführen. Dass diese trotz der verschlechterten Wirtschaftslage weiter steigen, ist zum einen auf die weiterhin gute Beschäftigung zurückzuführen, zum anderen aber auch auf die bis zur Jahresmitte deutlich steigenden Preise. Im Jahr 2008 wurden die staatlichen Ausgaben stärker als in den vergangenen Jahren angehoben. So sind die Personalausgaben aufgrund von Lohnerhöhungen im öffentlichen Dienst gestiegen. Außerdem wurden die öffentlichen Investitionen deutlich ausgeweitet. Obwohl die arbeitsmarktbedingten Ausgaben aufgrund der sinkenden Arbeitslosigkeit zurückgegangen sind, stiegen die monetären Sozialleistungen in 2008 wieder an. Dahinter stehen die Erhöhung des Eltern- bzw. Bildungsgeldes und die Verlängerung der Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitslose. Aufgrund der Ausgabenerhöhung wird das gesamtstaatliche Budgetdefizit um knapp 8 Milliarden Euro zunehmen. Damit steigt die Defizitquote auf 0,5 Prozent.

Im Jahr 2009 wird das Einnahmenwachstum konjunkturbedingt weiter zurückgehen. Da das Bruttoinlandsprodukt real sinken und die Inflationsrate nur noch bei 1,2 Prozent liegen wird, werden die staatlichen Einnahmen lediglich um 1,2 Prozent steigen. Dabei werden sowohl die Steuereinnahmen als auch die Sozialbeiträge weniger stark zunehmen, letztere auch aufgrund des verminderten Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung. Dem steht allerdings ein steigender Beitragssatz zur Krankenversicherung gegenüber. Die staatlichen Ausgaben werden deutlich stärker zunehmen als die Einnahmen. Konjunkturell bedingt werden die monetären Sozialleistungen und die sozialen Sachleistungen deutlich steigen. Außerdem ist eine Ausweitung der Investitionen geplant. Als Folge dieser Entwicklungen wird sich das Finanzierungsdefizit annähernd verdoppeln. Dennoch bleibt die Defizitquote unter 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Allerdings sind hierbei weitere konjunkturpolitische Maßnahmen, wie sie wahrscheinlich notwendig werden, noch nicht berücksichtigt.

Finanzwirtschaftliche Indikatoren

	2006	2007	2008	2009
	in Mrd. Euro			
Einnahmen	1016.4	1065.9	1091.3	1104.2
darunter: Steuern	530.5	576.3	591.4	598.6
Sozialbeiträge	399.9	399.9	408.5	414.4
Ausgaben	1052.3	1070.1	1103.3	1125.1
darunter: Monetäre Sozialleistungen	426.2	418.4	421.3	429.2
Arbeitnehmerentgelt	167.5	168.0	172.0	177.8
Vermögenseinkommen (Zinsausgaben)	65.3	67.4	68.1	68.2
Subventionen	26.7	27.1	27.6	28.2
Bruttoinvestitionen	32.6	35.6	38.7	40.8
Finanzierungssaldo	-35.9	-4.2	-11.9	-20.8
	in % des BIP			
Defizitquote	-1.5	-0.2	-0.5	-0.8
Staatsquote (Staatsausgaben)	45.3	44.2	44.3	45.2
Abgabenquote (Steuern + Sozialbeiträge)	39.0	39.3	39.1	39.6
Steuerquote	22.9	23.8	23.8	24.0
Sozialabgabenquote	17.2	16.5	16.4	16.6

Quellen: Statistisches Bundesamt, 2008 bis 2009 Prognose des HWWI.

Tabelle 3

4 | Wirtschaftspolitische Erfordernisse

Die Schwere der gegenwärtigen Krise erfordert ein koordiniertes Vorgehen der Wirtschaftspolitik. Der Geldpolitik kommt dabei eine sehr wichtige Rolle zu, allein ist sie jedoch nicht in der Lage, die konjunkturelle Entwicklung zu stabilisieren. Vor allem ist unklar, inwieweit es ihr möglich ist, durch expansive Maßnahmen die zuletzt stark gestiegenen Kreditzinsen abzusenken. Selbst wenn die Kreditzinsen sinken, besteht die Gefahr, dass Kredite für Unternehmen teilweise nicht vergeben werden, weil die Banken Unsicherheiten scheuen. Und dann bleibt noch die Frage, ob sinkende Zinsen in Zeiten von pessimistischen Absatzerwartungen überhaupt zu steigenden Investitionen führen würden. Deshalb muss in dieser Situation die Fiskalpolitik aktiv werden. Dies gilt besonders, da die derzeitige Krise das Resultat einer großen Verunsicherung und einer zurückhaltenden Nachfrage ist.

Zur Finanzpolitik

Ähnlich wie in allen anderen großen Industrieländern hat auch die Wirtschaftspolitik in Deutschland auf die Verschärfung der Finanzkrise rasch mit einem Rettungspaket, dem Finanzmarktstabilisierungsfonds, reagiert, um einen Zusammenbruch des Bankensektors zu verhindern. Das hat diesen – neben der Liquiditätsausweitung und den Leitzinssenkungen der EZB – zunächst einigermaßen stabilisiert und die Auswirkungen der Finanzkrise auf die Realwirtschaft zumindest abgefedert. Die entstandene Vertrauenskrise sorgt aber bei den Wirtschaftsakteuren nach wie vor für große Verunsicherung und Zurückhaltung bei ihren Aktivitäten. Die Gefahr einer Abwärtsspirale ist somit nicht gebannt. Es gilt daher, den rezessiven Tendenzen auch durch eine aktive Konjunkturpolitik entgegenzuwirken. Die bislang beschlossenen Konjunkturlösungen, wie die zeitweilige Kfz-Steuer-Befreiung beim Kauf von Neuwagen, die höhere Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen, die Förderung des Verkehrswegebbaus und der energieeffizienten Gebäudesanierung sind, wie auch der Sachverständigenrat feststellte, ein „Sammelsurium“ einzelner, wenig durchschlagender Maßnahmen. In dem derzeitigen Programm sind zudem Maßnahmen eingerechnet, wie zum Beispiel die Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, die auch ohne Konjunkturkrise durchgeführt worden wären. Neben der Ausrichtung ist auch das Volumen des derzeit geplanten Konjunkturprogramms zweifelhaft. Deshalb wird es damit kaum gelingen, verlorenes Vertrauen bei Konsumenten und Investoren wieder aufzubauen. Dieser psychologische Effekt ist aber eine zentrale Voraussetzung für die Wirksamkeit von Konjunkturprogrammen.

Deshalb scheint ein weiteres, umfangreicheres und nachhaltigeres Konjunkturprogramm erforderlich – und das eher früher als später, denn ein Abwarten könnte dazu führen, dass die Maßnahmen zu spät kommen. Dabei sollten Maßnahmen im Vordergrund stehen, die kurzfristig die Nachfrage stimulieren, aber auch langfristig Wachstumsimpulse setzen. Dazu sollte sowohl die staatliche Einnahmenseite als auch die Ausgabenseite verwendet werden. Auf Seite der staatlichen Ausgaben bietet es sich an, geplante Infrastruktur- und Klimaschutzmaßnahmen vorzuziehen. Es sollten dabei keine Ausgaben getätigt werden, die nicht ohnehin geplant bzw. notwendig wären,

Nach ersten Rettungsmaßnahmen ...

*... wachstumsgerechtes
Konjunkturprogramm notwendig*

da andernfalls kurzfristig notwendige Impulse zu strukturellen Verzerrungen führen würden. Für das Vorziehen von Investitionen spricht auch, dass damit Planungszeiten verkürzt werden. Die hier möglichen Maßnahmen stärken ganz überwiegend die Bauwirtschaft. Deshalb muss darauf geachtet werden, hier keine Überhitzung zu erzeugen. Außerdem müssen auch andere Sektoren gestärkt werden.

Damit die Nachfrage über alle Sektoren steigt, muss zudem der Konsum gefördert werden. Dies ist nur möglich wenn das verfügbare Einkommen der Haushalte steigt. Hier wäre an eine Steuersenkung zu denken, zumal eine Steuerreform zur Korrektur der „kalten“ Progression, die durch die Preissteigerungen der letzten Jahre entstanden ist, bereits von der Regierung ange-dacht ist. Dabei wären eine Erhöhung der Freibeträge und/oder eine Absenkung des Progressionstarifs denkbar. Eine andere Option wäre, den Solidaritätszuschlag, der einkommensteuerrechtlich gesehen lediglich ein Zuschlag auf die Einkommensteuer ist, abzuschaffen; das stellte gleichzeitig eine Steuervereinfachung dar. Beide Varianten würden schon kurzfristig zu steigenden Nettoeinkommen führen. Die Reform müsste nicht rückgängig gemacht werden, da die Zahler von Lohn- und Einkommenssteuern mit steigenden Einkommen und Preisen ohnehin wieder in die Progression hineinwachsen würden. Alternativ wäre eine Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge durch steuerfinanzierte Zuschüsse sinnvoll. Dies würde Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei den Lohnkosten entlasten und den Abstand zwischen Lohn- und Transfereinkommen vergrößern. Damit würden kurzfristig die Einkommen gestärkt und langfristig die Arbeitsanreize verbessert.

*Internationale Koordinierung
erforderlich*

Die deutsche Fiskalpolitik allein kann aber die Auswirkungen der Weltrezession nicht abwenden. Deshalb ist über eigene Maßnahmen hinaus eine internationale Koordination notwendig. Dies gilt besonders für die EU und die Eurozone, in der die Länder sehr eng miteinander verflochten sind. Hier führen die Nachfrage stimulierende Maßnahmen in einem Land zu Streueffekten, d.h. die dadurch angeregte Produktionssteigerung findet nicht nur im eigenen, sondern auch in den anderen mit uns eng verbundenen Ländern statt. Die Multiplikatorwirkung im Inland ist damit relativ begrenzt. In dieser Situation besteht die Gefahr, dass manche Euroländer auf eine aktive Fiskalpolitik in den umliegenden Ländern warten und selbst nichts unternehmen. Deshalb fordert auch die Europäische Kommission, dass sich alle Länder an expansiven Maßnahmen beteiligen. Aus diesem Grund wurde auch anerkannt, dass eine besondere konjunkturelle Lage vorliegt, die zu einem Überschreiten der Grenzwerte der Maastrichtkriterien für die Budgetdefizite berechtigt. Darüber hinaus findet eine Koordination der fiskalpolitischen Maßnahmen zur Stimulierung der Konjunktur statt. Jeder Staat soll einen positiven fiskalischen Impuls in der Größenordnung von 1 bis 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts geben. Dies würde einen Impuls von etwa 90 Mrd. Euro implizieren, von dem Deutschland 25-37 Milliarden Euro zu tragen hätte. Da die Staaten des Euroraums sowohl bezüglich ihrer Einnahmen- als auch bezüglich ihrer Ausgabenstruktur heterogen sind, soll die Form der fiskalischen Maßnahmen den einzelnen Staaten vorbehalten sein.

Zur Geldpolitik

Die Liquidität zuführenden Maßnahmen der EZB zur Mitte des Jahres dienten primär der Sicherung des Zahlungsverkehrs und der Geldversorgung auf dem Interbankenmarkt. Die jüngsten Zinsschritte um 50 bzw. 75 Basispunkte auf nun 2,5 Prozent sind bereits vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Rezession erfolgt. Nachdem sich die EZB infolge der hohen Preissteigerungsraten von bis zu 4 Prozent im Juli dieses Jahres der Gefahr steigender Inflationserwartungen gegenüber sah, gilt es nun, drohende Deflationsgefahren zu kontrollieren. Die Rezession erfordert eine deutliche geldpolitische Reaktion, bevor Geldpolitik in einem konjunkturellen Umfeld sich verstärkender pessimistischer Absatzerwartungen unwirksam wird. Die Geldpolitik sollte zudem die expansive Fiskalpolitik in vielen Ländern des Euroraums flankieren, um ein crowding out privater Investitionen und des Exports zu vermeiden.

Akkommodierende Geldpolitik für expansive Fiskalpolitik

Zur Lohnpolitik

Die bis ins Jahr 2008 gute konjunkturelle Lage hat bei vielen Gewerkschaften zu einem Abrücken von ihrer in den Jahren zuvor teils sehr moderaten Lohnpolitik geführt. Zuletzt setzte die IG Metall in der Metall- und Elektrobranche, die besonders vom Aufschwung profitieren konnte, erneut substanzielle Lohnerhöhungen durch. Weitere Gewerkschaften haben angekündigt diesem Beispiel zu folgen. So plant die Gewerkschaft ver.di mit einer Eingangsforderungen von 8 Prozent in die Lohnverhandlungen des öffentlichen Dienstes zu gehen. Die trotz des konjunkturellen Einbruchs kämpferische Haltung der Gewerkschaften wird nicht zuletzt dadurch genährt, dass die nominalen Lohnanstiege der vergangenen Jahre durch die Inflation in weiten Teilen kompensiert wurden. Insbesondere der außergewöhnlich hohe Anstieg der Lebenshaltungskosten bis Mitte 2008 hat die Lohnanstiege übertroffen. In der öffentlichen und politischen Debatte hat dieses vielerorts zu der Schlussfolgerung geführt, der Aufschwung sei an den Arbeitnehmern ohne positive Wirkungen vorbeigegangen. Dabei wird vergessen, dass der massive Abbau der Arbeitslosigkeit neben der guten konjunkturellen Lage auch auf der moderaten Lohnkostenentwicklung der vergangenen Jahre basierte, deren Resultat eine höhere Wettbewerbsfähigkeit deutscher Güter und der Abbau struktureller Arbeitsmarkthindernisse war. Die Entwicklung der Bruttolohn- und Gehaltssumme der Jahre 2006 bis 2008 untermauert dieses.

Weiterhin moderate Lohnerhöhungen erforderlich

Aus gesamtwirtschaftlicher Sicht sollten sich die Tarifparteien bei Lohnverhandlungen zum einen am Inflationsziel der EZB von maximal 2 Prozent, zum anderen an der Rate des technischen Fortschritts von etwa 1,5 Prozent p.a. orientieren. Beschäftigungsneutral wäre somit ein Anstieg des Lohnniveaus von maximal 3,5 Prozent. Die aktuell schwierige konjunkturelle Situation beschneidet den Spielraum für Lohnerhöhungen in vielen Branchen. Gleichwohl ist aus gesamtwirtschaftlichen Erwägungen für kommende Lohnrunden zu beachten, dass zu geringe Lohnabschlüsse bestehenden Deflationsgefahren Vorschub leisten könnten. Daher wäre ein gesamtwirtschaftlicher Lohnanstieg im kommenden Jahr von nominal 2 bis 3 Prozent, der der Entwicklung der vergangenen Jahre entsprechen würde, ökonomisch vernünftig.

5 | Anhang

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)										
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung										
Vorausschätzung für die Jahre 2008 und 2009										
	2006 1)	2007 1)	2008 2)	2009 2)	2007 1)		2008 2)		2009 2)	
					1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in % gegenüber Vorjahr										
Erwerbstätige (Inland)	0.6	1.7	1.5	-0.6	1.8	1.6	1.6	1.3	0.1	-1.3
Arbeitszeit (arbeitsmäßig bereinigt)	0.5	0.4	-0.8	-0.4	0.8	0.0	-0.5	-1.1	0.5	-1.3
Arbeitstage	-0.7	-0.3	0.9	-0.1	-0.4	-0.1	0.8	1.0	-1.7	1.3
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	0.5	1.8	1.5	-1.2	2.2	1.5	1.8	1.3	-1.0	-1.4
Produktivität 3)	2.5	0.6	0.0	-0.1	0.8	0.5	0.8	-0.7	-1.5	1.4
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	3.0	2.5	1.5	-1.2	3.0	2.0	2.6	0.5	-2.5	0.0
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Mrd.Euro										
Konsumausgaben	1780.6	1809.4	1852.5	1875.4	876.9	932.4	900.5	952.0	909.0	966.4
Private Haushalte einschl. OoE	1355.1	1373.7	1399.8	1409.5	667.2	706.5	683.1	716.6	684.5	725.0
Staat	425.4	435.6	452.7	465.9	209.7	225.9	217.3	235.4	224.5	241.4
Anlageinvestitionen	423.1	453.5	479.1	466.8	215.4	238.1	230.8	248.2	221.1	245.7
Ausrüstungen	178.1	189.4	199.0	189.7	89.4	99.9	96.3	102.7	90.0	99.7
Bauten	218.6	236.4	251.8	249.4	112.8	123.6	121.0	130.8	117.8	131.6
Sonstige Anlagen	26.4	27.7	28.3	27.8	13.2	14.5	13.6	14.7	13.4	14.4
Vorratsveränderungen	-13.7	-10.9	-7.7	-8.7	3.9	-14.8	3.0	-10.8	2.0	-10.7
Inlandsnachfrage	2190.0	2251.9	2323.8	2333.5	1096.2	1155.7	1134.3	1189.5	1132.1	1201.4
Außenbeitrag	131.5	171.0	166.2	157.5	88.8	82.2	96.1	70.2	83.1	74.4
Ausfuhr	1052.7	1137.2	1199.0	1174.1	558.2	579.0	598.6	600.3	575.0	599.1
Einfuhr	921.2	966.2	1032.7	1016.6	469.4	496.8	502.5	530.2	491.9	524.7
Bruttoinlandsprodukt	2321.5	2422.9	2490.0	2491.0	1185.0	1237.9	1230.4	1259.6	1215.2	1275.8
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr										
Konsumausgaben	2.1	1.6	2.4	1.2	1.5	1.7	2.7	2.1	0.9	1.5
Private Haushalte einschl. OoE	2.3	1.4	1.9	0.7	1.2	1.5	2.4	1.4	0.2	1.2
Staat	1.3	2.4	3.9	2.9	2.4	2.4	3.6	4.2	3.3	2.6
Anlageinvestitionen	8.2	7.2	5.6	-2.6	9.8	4.9	7.1	4.3	-4.2	-1.0
Ausrüstungen	9.8	6.3	5.1	-4.7	6.3	6.4	7.7	2.8	-6.6	-3.0
Bauten	7.5	8.1	6.5	-0.9	13.4	3.8	7.2	5.8	-2.6	0.6
Sonstige Anlagen	3.9	5.1	2.0	-1.7	4.8	5.4	3.0	1.1	-1.5	-1.8
Inlandsnachfrage	3.1	2.8	3.2	0.4	2.7	3.0	3.5	2.9	-0.2	1.0
Ausfuhr	14.3	8.0	5.4	-2.1	10.6	5.6	7.2	3.7	-3.9	-0.2
Einfuhr	14.9	4.9	6.9	-1.6	6.2	3.7	7.1	6.7	-2.1	-1.0
Bruttoinlandsprodukt	3.5	4.4	2.8	0.0	4.8	3.9	3.8	1.8	-1.2	1.3
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
a) Mrd.Euro										
Konsumausgaben	1647.0	1651.0	1657.2	1657.3	807.5	843.5	811.8	845.4	808.7	848.5
Private Haushalte einschl. OoE	1244.4	1239.8	1236.2	1229.6	605.5	634.3	605.8	630.4	598.8	630.8
Staat	402.6	411.4	421.6	428.5	202.1	209.3	206.3	215.3	210.4	218.1
Anlageinvestitionen	433.5	452.3	472.9	456.3	214.4	237.9	228.0	244.9	215.9	240.4
Ausrüstungen	196.0	209.6	222.0	211.9	98.1	111.5	106.7	115.3	100.0	111.9
Bauten	209.2	212.9	219.7	213.3	102.2	110.7	106.5	113.1	101.0	112.3
Sonstige Anlagen	30.3	32.7	34.6	34.5	15.3	17.4	16.4	18.2	16.5	17.9
Inlandsnachfrage	2055.0	2078.3	2107.7	2094.7	1020.9	1057.5	1036.9	1070.8	1025.1	1069.6
Ausfuhr	1047.4	1125.7	1173.3	1144.2	552.0	573.7	588.2	585.1	561.9	582.2
Einfuhr	915.3	961.3	1003.5	990.0	466.6	494.7	489.3	514.2	480.4	509.6
Bruttoinlandsprodukt	2188.0	2241.8	2276.5	2248.8	1105.5	1136.3	1134.3	1142.2	1106.3	1142.6
nachrichtlich:										
Bruttonationaleinkommen										
b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr										
Konsumausgaben	0.9	0.2	0.4	0.0	0.4	0.1	0.5	0.2	-0.4	0.4
Private Haushalte einschl. OoE	1.0	-0.4	-0.3	-0.5	-0.2	-0.5	0.0	-0.6	-1.2	0.1
Staat	0.6	2.2	2.5	1.6	2.3	2.1	2.1	2.9	2.0	1.3
Anlageinvestitionen	7.7	4.3	4.6	-3.5	6.4	2.6	6.3	2.9	-5.3	-1.8
Ausrüstungen	11.1	6.9	5.9	-4.6	6.8	7.1	8.8	3.3	-6.3	-3.0
Bauten	5.0	1.8	3.2	-2.9	6.0	-1.9	4.2	2.2	-5.2	-0.7
Sonstige Anlagen	8.0	8.0	5.9	-0.5	6.7	9.2	7.2	4.7	0.7	-1.6
Inlandsnachfrage	2.2	1.2	1.3	-0.8	1.2	1.1	1.6	1.3	-1.1	-0.1
Ausfuhr	12.7	7.5	4.2	-2.5	9.7	5.4	6.6	2.0	-4.5	-0.5
Einfuhr	11.9	5.0	4.4	-1.4	6.3	3.8	4.9	4.0	-1.8	-0.9
Bruttoinlandsprodukt	3.0	2.5	1.5	-1.2	3.0	2.0	2.6	0.5	-2.5	0.0
nachrichtlich:										
Bruttonationaleinkommen										

12.12.08

Tabelle 4:

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (Vorausschätzung für die Jahre 2008 bis 2009)

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 2008 und 2009

	2006 1)	2007 1)	2008 2)	2009 2)	2007 1)		2008 2)		2009 2)	
					1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben Private Haushalte einschl. OoE	1.3	1.7	2.2	1.2	1.4	2.0	2.3	2.1	1.4	1.1
Konsumausgaben Staat	0.7	0.2	1.4	1.2	0.2	0.3	1.5	1.3	1.2	1.3
Anlageinvestitionen	0.5	2.7	1.0	1.0	3.2	2.3	0.8	1.3	1.1	0.9
Ausrüstungen	-1.2	-0.6	-0.8	-0.2	-0.5	-0.6	-1.1	-0.5	-0.3	0.0
Bauten	2.4	6.3	3.2	2.0	6.9	5.8	2.9	3.5	2.7	1.4
Sonstige Anlagen	-3.9	-2.7	-3.6	-1.2	-1.8	-3.5	-3.9	-3.4	-2.2	-0.2
Ausfuhr	1.4	0.5	1.1	0.4	0.9	0.2	0.6	1.7	0.5	0.3
Einfuhr	2.7	-0.1	2.4	-0.2	-0.1	-0.2	2.1	2.7	-0.3	-0.1
Bruttoinlandsprodukt	0.5	1.9	1.3	1.5	1.8	1.9	1.2	1.5	1.7	1.2

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd.Euro

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1708.0	1761.2	1822.3	1841.5	860.9	900.3	894.9	927.4	905.5	936.0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	222.7	225.3	229.6	233.9	109.0	116.3	110.8	118.8	114.0	119.9
Bruttolöhne und -gehälter	926.7	958.2	994.1	1008.5	453.8	504.4	471.3	522.8	481.8	526.6
Übrige Primäreinkommen	558.5	577.7	598.6	599.1	298.1	279.5	312.8	285.8	309.7	289.4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	311.4	344.2	342.7	323.2	154.9	189.3	161.8	180.9	136.8	186.5
Nettonationaleinkommen	2019.3	2105.4	2165.0	2164.7	1015.9	1089.6	1056.7	1108.3	1042.3	1122.4
Abschreibungen	343.1	358.8	362.5	365.7	181.1	177.7	182.2	180.3	183.1	182.6
Bruttonationaleinkommen	2362.4	2464.2	2527.5	2530.4	1196.9	1267.3	1238.9	1288.6	1225.4	1305.0
nachrichtlich:										
Volkseinkommen	1765.6	1827.1	1881.6	1880.3	876.6	950.5	914.9	966.7	900.5	979.8
Arbeitnehmerentgelt	1149.5	1183.6	1223.7	1242.4	562.8	620.8	582.0	641.6	595.8	646.6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	616.1	643.5	657.9	637.9	313.8	329.8	332.9	325.1	304.7	333.3

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	3.3	3.1	3.5	1.1	3.4	2.9	3.9	3.0	1.2	0.9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2.3	1.2	1.9	1.9	1.7	0.7	1.6	2.2	2.9	0.9
Bruttolöhne und -gehälter	1.6	3.4	3.7	1.5	3.5	3.3	3.9	3.6	2.2	0.7
Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inland)	1.0	1.1	1.8	1.9	1.3	1.0	1.6	1.9	1.7	2.2
Übrige Primäreinkommen	6.7	3.4	3.6	0.1	3.7	3.1	4.9	2.2	-1.0	1.3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	10.5	10.6	-0.4	-5.7	11.0	10.2	4.5	-4.5	-15.5	3.1
Nettonationaleinkommen	4.4	4.3	2.8	0.0	4.5	4.1	4.0	1.7	-1.4	1.3
Abschreibungen	2.2	4.6	1.1	0.9	5.6	3.5	0.6	1.5	0.5	1.3
Bruttonationaleinkommen	4.0	4.3	2.6	0.1	4.6	4.0	3.5	1.7	-1.1	1.3
nachrichtlich:										
Volkseinkommen	4.1	3.5	3.0	-0.1	3.5	3.5	4.4	1.7	-1.6	1.4
Arbeitnehmerentgelt	1.7	3.0	3.4	1.5	3.2	2.8	3.4	3.4	2.4	0.8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	8.7	4.5	2.2	-3.0	4.0	4.9	6.1	-1.4	-8.5	2.5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte

a) Mrd.Euro

Masseneinkommen	982.8	996.1	1017.0	1030.4	479.7	516.3	488.7	528.3	496.2	534.2
Nettolöhne und -gehälter	605.2	623.4	641.1	646.6	292.4	331.0	300.7	340.4	305.3	341.4
Monetäre Sozialleistungen	457.3	449.3	452.6	461.0	226.2	223.1	226.7	225.9	229.9	231.1
abzügl.: Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	79.7	76.7	76.7	77.3	38.9	37.8	38.7	38.0	39.0	38.3
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	558.5	577.7	598.6	599.1	298.1	279.5	312.8	285.8	309.7	289.4
Sonstige Transfers (Saldo)	-50.0	-59.2	-65.4	-70.5	-29.4	-29.8	-32.2	-33.3	-35.0	-35.5
Verfügbares Einkommen	1491.2	1514.5	1550.2	1559.0	748.5	766.0	769.4	780.8	770.9	788.1
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	22.9	26.3	29.5	30.7	12.6	13.8	15.1	14.4	15.7	15.0
Konsumausgaben	1355.1	1373.7	1399.8	1409.5	667.2	706.5	683.1	716.6	684.5	725.0
Sparen	159.00	167.14	179.98	180.25	93.9	73.2	101.3	78.6	102.1	78.1
Sparquote	10.5	10.8	11.4	11.3	12.3	9.4	12.9	9.9	13.0	9.7

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	0.2	1.4	2.1	1.3	1.1	1.6	1.9	2.3	1.5	1.1
Nettolöhne und -gehälter	0.4	3.0	2.8	0.9	3.0	3.0	2.8	2.8	1.5	0.3
Monetäre Sozialleistungen	-0.4	-1.7	0.7	1.9	-2.3	-1.2	0.2	1.2	1.4	2.3
abzügl.: Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	-1.2	-3.8	-0.1	0.8	-4.8	-2.7	-0.6	0.5	0.9	0.7
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	6.7	3.4	3.6	0.1	3.7	3.1	4.9	2.3	-1.0	1.3
Verfügbares Einkommen	1.9	1.6	2.4	0.6	1.4	1.8	2.8	1.9	0.2	0.9
Konsumausgaben	2.3	1.4	1.9	0.7	1.2	1.5	2.4	1.4	0.2	1.2
Sparen	1.5	5.1	7.7	0.2	4.3	6.2	7.9	7.4	0.8	-0.6

12.12.08

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)
Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 2008 und 2009

	2006 1)	2007 1)	2008 2)	2009 2)	2007 1)		2008 2)		2009 2)	
					1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates 4)										
a) Mrd.Euro										
Einnahmen										
Steuern	530.54	576.3	591.4	598.6	285.6	290.8	297.6	293.8	298.6	299.9
Sozialbeiträge	399.85	399.9	408.5	414.4	194.4	205.5	197.1	211.4	202.0	212.4
Vermögenseinkommen	17.48	18.0	18.6	18.7	10.8	7.2	11.4	7.2	11.4	7.3
Sonst. lfd. Übertragungen	14.11	13.9	14.9	14.6	6.6	7.3	7.3	7.6	7.0	7.6
Vermögenstransfers	9.25	10.9	10.5	10.5	4.7	6.2	5.5	5.0	5.5	5.0
Verkäufe	44.71	46.6	47.1	47.1	22.0	24.6	22.5	24.6	22.5	24.6
Sonst. Subventionen	0.43	0.4	0.4	0.4	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2	0.2
Einnahmen insgesamt	1016.4	1065.9	1091.3	1104.2	524.2	541.7	541.5	549.9	547.1	557.1
Ausgaben										
Vorleistungen (ohne soziale Sachleistungen)	97.94	101.9	106.1	109.6	46.7	55.3	48.9	57.2	50.5	59.1
Arbeitnehmerentgelt	167.45	168.0	172.0	177.8	80.2	87.7	81.8	90.3	84.6	93.2
Sonst. Produktionsabgaben	0.05	0.1	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	65.26	67.4	69.3	70.3	33.2	34.1	34.2	35.0	34.9	35.4
Subventionen	26.71	27.1	27.6	28.2	12.7	14.4	12.9	14.7	13.2	15.0
Monetäre Sozialleistungen	426.17	418.4	421.3	429.2	210.7	207.6	211.1	210.2	214.1	215.1
Soziale Sachleistungen	171.75	178.3	186.0	193.5	87.7	90.7	91.8	94.3	95.4	98.0
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	35.31	36.4	39.5	38.8	18.0	18.4	20.4	19.1	19.0	19.8
Vermögenstransfers	30.47	38.5	44.0	38.3	15.7	22.8	17.2	26.8	15.5	22.8
Bruttoinvestitionen	32.61	35.6	38.7	40.8	15.7	19.9	16.9	21.8	17.5	23.3
Nettozugang nichtproduzierter Vermögensgüter	-1.43	-1.4	-1.4	-1.4	-0.6	-0.8	-0.6	-0.8	-0.6	-0.8
Ausgaben insgesamt	1052.3	1070.1	1103.3	1125.1	520.0	550.1	534.5	568.7	544.1	580.9
Finanzierungssaldo	-35.9	-4.2	-11.9	-20.8	4.2	-8.4	6.9	-18.9	3.0	-23.9

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen										
Steuern	7.6	8.6	2.6	1.2	10.5	6.9	4.2	1.0	0.3	2.1
Sozialbeiträge	0.9	0.0	2.2	1.4	0.1	-0.1	1.4	2.9	2.5	0.5
Vermögenseinkommen	24.8	2.9	3.3	0.6	8.5	-4.5	5.5	0.1	0.1	1.4
Sonst. lfd. Übertragungen	-20.0	-1.6	7.1	-1.7	-2.7	-0.7	10.0	4.5	-3.4	0.0
Vermögenstransfers	-7.6	17.4	-3.3	0.0	-0.6	36.3	17.0	-18.8	0.0	0.0
Verkäufe	0.7	4.3	1.0	0.0	3.5	5.1	2.2	0.0	0.0	0.0
Sonst. Subventionen					0.0	-15.4	-11.8	4.5	0.0	0.0
Einnahmen insgesamt	4.1	4.9	2.4	1.2	5.8	4.0	3.3	1.5	1.1	1.3
Ausgaben										
Vorleistungen (ohne soziale Sachleistungen)	2.8	4.1	4.1	3.3	3.9	4.2	4.9	3.5	3.3	3.3
Arbeitnehmerentgelt	-0.7	0.3	2.4	3.3	0.3	0.3	1.9	2.9	3.5	3.2
Sonst. Produktionsabgaben	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0	0.0
Geleistete Vermögenseinkommen (Zinsen)	4.7	3.2	2.9	1.5	3.2	3.2	3.0	2.7	2.0	1.0
Subventionen	-2.3	1.4	2.1	2.0	3.1	0.0	2.1	2.0	2.0	2.0
Monetäre Sozialleistungen	-0.8	-1.8	0.7	1.9	-2.4	-1.2	0.2	1.3	1.4	2.3
Soziale Sachleistungen	2.5	3.8	4.3	4.0	3.7	3.9	4.7	4.0	4.0	4.0
Sonst. lfd. Transfers (ohne an SV)	-0.5	3.0	8.5	-1.6	0.2	5.9	13.0	4.0	-6.6	3.7
Vermögenstransfers	-12.0	26.4	14.3	-13.0	-6.3	66.1	9.7	17.5	-10.0	-15.0
Bruttoinvestitionen	5.3	9.2	8.8	5.3	17.1	3.7	7.3	9.9	3.4	6.8
Nettozugang nichtproduzierter Vermögensgüter					-7.2	6.8	-4.7	1.3	-1.6	0.0
Ausgaben insgesamt	0.2	1.7	3.1	2.0	0.5	2.8	2.8	3.4	1.8	2.1
Finanzierungssaldo (in vH des BIP)	-1.5	-0.2	-0.5	-0.8	0.4	-0.7	0.6	-1.5	0.2	-1.9

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes sowie eigene Berechnungen. - 2) Prognose. - 3) Reales Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - 4) Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. 12.12.08

Quellen: Statistisches Bundesamt, 2008 bis 2009 Prognose des HWWI.

H.-U. Bach et al. (2008) Internationale Finanzkrise bringt schwere Zeiten für den Arbeitsmarkt, IAB-Kurzbericht 20/2008, Nürnberg.

Bundesagentur für Arbeit (2007) Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht – November 2008, Nürnberg.

Bundesministerium für Finanzen (lfd. Jg.) Monatsbericht des BMF, Berlin.

Deutsche Bundesbank (lfd. Jg.) Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, Frankfurt am Main.

Europäische Zentralbank (2008) Monatsbericht November, Frankfurt am Main.

IMF (lfd. Jg.) World Economic Outlook, Washington.

OECD (lfd. Jg.) Main Economic Indicators, Paris.

Sachverständigenrat (2008) Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken, Jahresgutachten 2008/2009, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2008a) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, 3. Vierteljahr 2008, Fachserie 18 Reihe 1.2, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2008b) Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Inlandsproduktberechnung, 3. Vierteljahr 2008, Fachserie 18 Reihe 1.3, Wiesbaden.

In der Reihe „HWWI Policy Reports“ sind folgende Publikationen erschienen:

9. Wasserstoff im Verkehr - Anwendungen, Perspektiven und Handlungsoptionen

Leon Leschus, Henning Vöpel

8. Rohstoffpreise 2008

Klaus Matthies

7. Politik-Check Pharmastandort Deutschland: Potenziale erkennen – Chancen nutzen

Michael Bräuninger et al.

6. Konjunktur 2008

Michael Bräuninger et al.

5. Biokraftstoffe und Nachhaltigkeit – Ziele, Probleme, Instrumente, Lösungen

Michael Bräuninger, Leon Leschus, Henning Vöpel

4. Konjunktur 2007

Michael Bräuninger et al.

3. The Costs and Benefits of European Immigration

Rainer Münz, Thomas Straubhaar, Florian Vadean, Nadia Vadean

2. Wirtschaftsfaktor Fußball

Henning Vöpel

1. Biokraftstoffe – Option für die Zukunft? Ziele Konzepte, Erfahrungen

Michael Bräuninger, Leon Leschus, Henning Vöpel

Mehr Informationen unter: www.hwwi.org (Publikationen).

Das Hamburgische WeltWirtschaftsinstitut (HWWI) ist eine unabhängige Forschungseinrichtung, die zukunftsrelevante wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Themen erkennt und analysiert.

Das HWWI nutzt Grundlagen- und angewandte Forschung, um wissenschaftlich fundierte und praxisnahe Beratungsdienstleistungen zu erbringen. Darüber hinaus engagiert sich das Institut in der wirtschaftswissenschaftlichen Lehre sowie in der weiterführenden Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses.

Das HWWI besteht aus vier Kompetenzbereichen:

- Wirtschaftliche Trends,
- Hamburg und regionale Entwicklungen,
- Weltwirtschaft und
- Migration Research Group.

Neben dem Hauptsitz in Hamburg ist das Institut mit einer Zweigniederlassung in Thüringen präsent.

Das HWWI ist eine gemeinnützige GmbH. Gesellschafter des Instituts sind die Universität Hamburg und die Handelskammer Hamburg.

Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut (HWWI)

Heimhuder Straße 71 | 20148 Hamburg

Tel +49 (0)40 34 05 76 - 0 | Fax +49 (0)40 34 05 76 - 776

infowww.hwwi.org